

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
Erich Mühsam, Berlin.  
Verleger: Kurt Schumacher 4198/4199



**Stützpunkt für Verlag und Geschäftsstelle:**  
Berlin O 20 04, Zehn-Sonnen-Platz 6  
Telefon: 66011

Die Zeitung wird in Cottbus  
Druck und Vertrieb durch die Cottbuser Druck- und Verlagsanstalt  
in Cottbus, von der die Cottbuser Druck- und Verlagsanstalt in Cottbus

Berlin, den 2. Nov. 1932.

Reichskanzler Papen gegen alle.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Das Kabinett der Barone unter der Führung des Herrn Franz von Papen ist eine Regierung ohne Volk und gegen das Volk. Sie regiert bewusst gegen die verfassungsmässige Vertretung des Volkes, gegen den Reichstag. Ihre neueste Haltung gegenüber der rechtmässigen preussischen Staatsregierung wie gegenüber dem Lande Bayern zeigt, dass sie nun auch noch gegen die Länder, gegen den Reichsrat zu regieren gedenkt.

Die Art und Weise, wie das Kabinett der Barone das Leipziger Urteil ausführt, oder besser nicht ausführt zeigt, dass sie gegen alle drei Kräfte zugleich, gegen das Volk, gegen den Reichstag und gegen den Reichsrat zu regieren gedenken. Das heisst, gegen alle Kräfte, die nach der Verfassung die Träger der Volkssouveränität sind. Diese Haltung des Kabinetts der Barone ist symbolisch!

Das Kabinett der Barone hat nach dem 20. Juli eine Politik des "teile und herrsche" gegenüber den Ländern versucht. Es hat Anstrengungen gemacht um die süddeutschen Länder namentlich Bayern zu vertrösten und zu beruhigen. Man hat den süddeutschen Ländern versichert, dass ein 20. Juli in Süddeutschland nicht beabsichtigt sei und niemals erfolgen werde. Man hat den Herrn von Lersner mit lockenden föderalistischen Plänen auf eine politische Geschäftsreise nach Süddeutschland gesandt. Herr von Papen ist selbst nach dem Süden gefahren, erst nach Stuttgart, dann nach München. Auch der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hat eine Reise nach Bayern unternommen.

Man hat in Bayern daraus den Schluss gezogen, dass man beruhigende und bindende Versprechungen erhalten habe. Die Haltung aber, die das Kabinett der Barone gegenüber dem Leipziger Urteil einnimmt, die staatsrechtlichen Gewalttheorien, die in den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen auf Grund des Leipziger Urteils konstruiert werden, haben in Süddeutschland tiefe Enttäuschung hervorgerufen. Man fühlt sich nicht nur enttäuscht, sondern geradezu getäuscht! Der bayerische Ministerpräsident Held hat dem in kräftiger Sprache offenen Ausdruck gegeben. Seine Polemik gegen das Kabinett der Barone lässt erkennen, dass keineswegs eine politische Gleichschaltung zwischen der Politik der Reichsregierung und der Politik der bayerischen Landesregierung besteht, sondern ein sehr tiefer Gegensatz. Man argwöhnt in Bayern, dass das Kabinett der Barone die Länder der Reihe nach vergewaltigen wolle und man setzt sich beizeiten zur Wehr.

Die Bemühungen des Kabinetts der Barone, den deutschen Süden stille zu halten, sind gründlich gescheitert. Die Geste von Stuttgart, die darin bestand, dass Herr von Papen sich mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Arm in Arm photographieren liess, übrigens sehr gegen den Willen des bayerischen Ministerpräsidenten, ist nun dahin. Ein offener Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ist ausgebrochen. Auf die Polemik Helds antwortet das Kabinett

der Barone mit der Erklärung, dass das Reich seine Beziehungen zu Bayern ein-  
geschränkt werde. Der politische Verkehr zwischen Berlin und München werde  
eingeschränkt werden, es werde kein weiterer Besuch des Reichsvertreters von  
Lersner beim bayerischen Ministerpräsidenten stattfinden. Das ist so ungefähr  
der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der derzeitigen Reichs-  
regierung und dem bayerischen Staatsministerium. Das Kabinett der Barone sucht  
Feinde überall und findet sie überall, es verfährt nach der berüchtigten aus  
dem Krieg bekannten Parole: Feinde ringsum mag es sein!

Der Chef des Kabinetts der Barone, Herr von Papen, hat in seiner Münchener  
Rede verkündet, dass seine Regierung die Macht habe, ihre Pläne durchzuführen.  
Das Kabinett der Barone mag sich in dieser Illusion wiegen, solange die Mühlen  
des Rechts, die gegen seine Uebergriffe in Bewegung gesetzt werden, in langsa-  
mer Bewegung sind. Aber alles hat sein Ende! Auf die Dauer ist eine Reichsre-  
gierung unmöglich, die diktatorisch gegen die Länder, gegen den Reichstag und  
gegen das Volk sich zu behaupten versucht. Mit ihrer Nichtausführung des Leip-  
ziger Urteils ist das Kabinett der Barone an eine überaus gefährliche Grenze  
herangekommen.

Das Drama Reichskanzler Papen gegen alle wird nicht mehr viele Akte ha-  
ben! Es wird sehr bald ein für Herrn Papen sehr unerfreuliches Ende finden!

-----

SPD. Die "Rote Fahne" veröffentlicht einen Beschluss der kommunistischen  
Parteikonferenz zu dem Volksbegehren der sozialdemokratischen Reichstagsfrak-  
tion, durch das jener Teil der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Septem-  
ber, auf dem der Eingriff in das Tarifrecht beruht, ausser Kraft gesetzt wer-  
den soll. Dieser Beschluss besagt:

"Sofern es zu irgendeinem Zeitpunkt zur Durchführung eines Volksbegehrens  
oder Volksentscheids gegen die Notverordnung der Papen-Regierung oder gegen  
einen Teil derselben kommt, wird die Kommunistische Partei Deutschlands sich  
mit allen Kräften für dieses Volksbegehren und diesen Volksentscheid ein-  
setzen."

Nichtsdestoweniger versichert die Kommunistische Partei im selben Atem-  
zug, dass das sozialdemokratische Volksbegehren nur ein Manöver sei, um die  
Massen vom wirklichen Massenkampf abzulenken. Die Blödsinnigkeit der kommuni-  
stischen Taktik, die sich damit selber beschimpft, wird dadurch ins rechte  
Licht gestellt. Die Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie lassen uns kalt.  
Sie werden auch die kommunistischen Arbeiter kalt lassen, wenn sie Seite an  
Seite gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern unter der Führung der  
Sozialdemokratischen Partei im Volksbegehren und Volksentscheid den Kampf ge-  
gen die soziale Reaktion aufnehmen!

-----

SPD. Je heftiger der Wahlkampf wird, umso erbitterter werden die Angriffe  
der Nazis gegen die Deutschnationalen. Am letzten Sonnabend sprach Herr  
Göring in Frankfurt a.M. Nach dem Bericht des "Völkischen Beobachters" zeich-  
nete er dabei in schärfster Weise Herrn Hugenberg und die Deutschnationalen,  
die jetzt ihre Maske fallen liessen. Intelligenz und Gemeinheit hätten sich  
hier vermählt. Ausserdem aber fügte Herr Göring hinzu: "Unsere SA war es,  
die die Strasse erst wieder frei machte, damit die Hugenbergianer heute in  
Frack und Zylinder überhaupt noch Feste feiern können." Ausgezeichnet, Herr  
Göring, und in jeder Beziehung richtig! Die SA Adolf Hitlers, die nichts für  
das deutsche Volk geleistet hat, kann ein Verdienst unwidersprochen für sich  
in Anspruch nehmen: sie hat den Hugenbergianern die Möglichkeit gegeben, in  
Frack und Zylinder Feste zu feiern, während das Volk hungert!

SPD. Königsberg, 2. November (Eig. Dr.)

In Lauth bei Königsberg ist fast die ganze kommunistische Ortsgruppe zur Sozialdemokratie übergetreten. Die Genossen fühlten sich mit Recht von den kommunistischen Drahtziehern gemein betrogen und dem Elend preisgegeben. Es handelt sich fast ausschliesslich um Kleinsiedler der Arbeitersiedlung Lauth, die von den Kommunisten zu einer Mieterstreikaktion aufgeputscht worden waren und sich daraufhin zu Tätlichkeiten gegen Polizei und Vollziehungsbeamte bei der Exmittierung hinreissen liessen. In dem anschliessenden Riesenprozess wurden die Verführten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt und wie bei den Kommunisten üblich - von der Parteileitung der KPD ihrem traurigen Schicksal überlassen. Königsberger KPD-Agitatoren hatten noch die Dreistigkeit die Verurteilten auf eine allgemeine Amnestie zu vertrösten und im übrigen die Schuld an den Verurteilungen der SPD aufzubürden, die mit dieser Angelegenheit nicht das geringste zu tun hatte. Empört über das niederträchtige Verhalten der kommunistischen Führer suchten die bedauernswerten Opfer kommunistischer Verhetzungspolitik Schutz bei der Sozialdemokratie mit der nachfolgenden Begründung:

"Wir geben hiermit folgende Erklärung ab: Wir haben uns aus eigenem Antrieb an die Ortsgruppe der SPD Lauth gewandt, um dieselbe zu bitten, für uns Gnadengesuche einzureichen. Wir haben uns zu diesem Entschluss bekannt, weil wir davon überzeugt sind, dass die Kommunistische Partei uns keine Hilfe bringen will. Es ist aber auch wahrheitswidrig festgestellt worden, dass wir die Absicht gehabt hätten, unseren exmittierten Nachbarn tatkräftig helfen zu wollen. Wir müssen es von uns weisen, unsere Interessenvertretung noch länger bei einer Partei zu suchen, die nichts tun will, um uns vor dem Gefängnis zu bewahren. Wir haben auch nicht gewusst, dass Taulien die Absicht hatte, eine "Aktion", wie es die Kommunisten nennen, für die exmittierten Nachbarn durchzuführen. Wir verurteilen diese Interessenvertretung und versichern, dass wir mit der KPD nichts mehr zu schaffen haben".

Lauth, 2. November 1932.

(12 Unterschriften.)

SPD. Frankfurt/Oder, 2. Nov. (Eig. Draht)

In der hiesigen bürgerlichen Presse veröffentlichen die Nazis grosse Traueranzeigen, in welchen der Tod eines SA-Mannes namens Walter Mathai bekanntgemacht wird. "Ehre und Pflichtbewusstsein liessen ihn für den Führer und die Bewegung sterben" heisst es in den Inseraten für den "im Dienst der Bewegung" Verunglückten. Wie sich nun herausgestellt hat, gehörte der tödlich Verunglückte einer Gruppe von SA-Leuten an, welche unter Leitung eines SA-Sturmführers die Aufgabe hatte, von dem Schornstein einer stillgelegten Grube in Boossen bei Frankfurt/O. eine dort befestigte rote Fahne herunterzuholen. Dabei stürzte Mathai aus 40 Meter Höhe ab und wurde mit schweren Verletzungen von seinen Parteigenossen nach Hause geschafft, wo sie ihn einfach liegen liessen, ohne einen Arzt zu holen, weil sie den Vorfall nicht bekannt werden lassen wollten. Der Schwerverletzte starb dann an innerer Verblutung. Rechtzeitige ärztliche Hilfe hätte ihn retten können. So sehen Hitlers "Kameraden" einer sogenannten "Arbeiterpartei" aus!

SPD. Frankfurt/M., 2. Nov. (Eig. Draht.)

Ein nationalsozialistisches Wahlplakat, das in unerhörter Weise gegen die Sozialdemokratie hetzt und starke Beleidigungen gegen den Reichskanzler enthält, wurde auf Anordnung des Frankfurter Polizeipräsidiums zum Teil überklebt

SPD. Frankfurt/M., 2. Nov. (Eig. Drahtb.)

Das Urteil im Monstre-Prozess gegen die Favag-Direktoren ist jetzt sämtlichen Angeklagten 8 Monate nach Fällung zugestellt worden. Es ist im Abzugverfahren hergestellt, umfasst 1225 Seiten und ist für 361 Mark im Handel zu haben.

-----

SPD. In der "Deutschen Corpszeitung" (Nummer 7, Oktober 1932) finden wir mit Stolz aufgezählt, welche "alten Herren" der vornehmen studentischen Corps zu den von der neuen "autoritären" Staatsführung Ernannten gehören. Wir finden da folgende Namen:

Der Ministerialrat Dr. Landfried (Rhenaniae-Strassburg) zum Ministerialdirektor im preussischen Staatsministerium und zum ständigen preussischen Bevollmächtigten im Reichsrat.

Der Ministerialrat Dr. Surén (Teutoniae-Giessen) zum Ministerialdirektor im preussischen Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor Dr. v. Leyden (Palatia-Bonn) zum Senatspräsidenten beim preussischen Oberverwaltungsgericht.

Der Oberlandesgerichtsrat Frege (Vandalia-Heidelberg) zum Oberverwaltungsgerichtsrat.

Der Regierungspräsident a. D. Kutscher (Sueviae-Tübingen) zum Oberpräsidenten in Königsberg.

Der Vizepräsident Thon (Rhenania-Strassburg) zum Oberpräsidenten in Kiel.

Der Landrat Graf Degenfeld (Saxonia-Göttingen) zum Oberpräsidenten in Breslau.

Der Legationsrat Freytag (Suevia-Freiburg) zum Gesandten in Lissabon.

Der Landrat Graf zu Rantzau (Saxonia-Göttingen) zum Polizeipräsidenten in Kiel.

Der Oberregierungsrat Frhr. v. Nordenflycht (Saxonia-Göttingen) zum Polizeipräsidenten in Magdeburg.

Der Regierungsrat v. Kottwitz (Saxonia-Göttingen) zum Polizeipräsidenten in Kassel.

Der Landrat Wackenzapp (Suevia-Heidelberg) zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Gleiwitz.

Der Regierungsrat Rabe v. Pappenheim (Hasso-Borussia) zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Erfurt.

Der Oberregierungsrat Kretzschmar (Saxonia-Göttingen) zum Regierungsdirektor beim Polizeipräsidium Berlin.

Der Landrat Mengel (Hasso-Nassovia) wurde mit der Vertretung des Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Provinz Brandenburg beauftragt.

Zur Vervollständigung sei erwähnt, dass der Reichskanzler Papen und der Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl selbst "alte Herren" der Corps Saxonia-Göttingen, Borussia-Heidelberg und Hasso-Borussia sind.

Es ist also ganz wie in der Vorkriegszeit: neben dem konservativen Parteibuch gilt nur noch das Mitgliedsbuch eines feudalen Corps als Ausweis für Beförderungen!

-----

SPD. Eisenach, 2. Nov. (Eig. Drahtb.)

Am Volkshaus in Eisenach hatte die Sozialdemokratische Partei ein 4 Meter langes Wahlplakat mit der Aufschrift: "Die drei Verderber Deutschlands" aufgehängt. Rechts und links auf dem Plakat befanden sich die Bildnisse Hitlers und Thälmanns, in der Mitte ein unbekanntes Gesicht mit der Freiherrnkrone. Das Plakat erregte den Unwillen der Polizei. Heute nachmittag erschien ein Kriminalbeamter in Begleitung von zwei uniformierten Beamten und liess

unter spöttischen Zurufen der Arbeiter das Plakat abnehmen. Zwei Genossen, die das Transparent zur Polizei bringen sollten, erklärten sich dazu bereit, wenn ein guter Botenlohn bezahlt würde. Doch war das nicht vorgesehen; der Beamte musste sich selbst damit abquälen. Die Fenster der gegenüberliegenden Reichswehrkaserne waren von neugierigen Reichswehrsoldaten dicht besetzt.

-----

SPD. Die kommissarische Verwaltung in Preussen hat am 1. November auf Grund der Sparermächtigung durch den Reichspräsidenten vom 24. August 1931 eine Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung) sowie eine Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in den Gemeinden verabschiedet.

Nach der neuen Verordnung erhält der Gemeindevorstand bei solchen Beschlüssen der kommunalen Vertretungskörperschaft ein Widerspruchsrecht, die neue Ausgaben oder Mehrausgaben oder eine Verminderung von Einnahmen zur Folge haben und damit den Etatausgleich gefährden. Weiter schliesst sie bereits die Erörterung derartiger Anträge in den Vertretungskörperschaften aus, wenn den Anträgen nicht gleichzeitig ein geeigneter und sachlich zulässiger Deckungsvorschlag angefügt wird. Ferner wird die Verantwortung der Gemeindebeamten festgestellt, soweit sie bei Ausführung des Etats Zahlungen leisten, die den Haushalt überschreiten oder so weit sie Ausgaben vor Beschaffung der zu ihrer Deckung beschlossenen Einnahmen durchführen.

Im Interesse einer weitgehenden Anteilnahme der Bevölkerung an der kommunalen Finanzgebarung wird sodann angeordnet, dass in allen Gemeinden der Etats-Entwurf, der Etat und die kommunalen Rechnungen offen ausgelegt werden. Jeder wahlberechtigte Gemeindebürger erhält das Recht, sich Abschriften von den ausgelegten Dokumenten gegen Erstattung der Unkosten geben zu lassen. - Ferner wird angeordnet, dass eine völlige Neugestaltung des kommunalen Rechnungsprüfungswesens erfolge. So soll künftig in den grösseren Gemeinden ein besonderes Rechnungsprüfungsamt errichtet werden, dessen Unabhängigkeit sicherzustellen ist. In den kleineren Gemeinden soll die Rechnungsprüfung gleichfalls durch eine unabhängige Stelle, evtl. durch den Landrat erfolgen. Die Verordnung will dann durch Einführung und Ausgestaltung des sogenannten Ersatzbeschlussrechts die Eingriffe der Aufsichtsbehörde in Angelegenheiten der Gemeinden nach Möglichkeit beschränken. Es wird daher festgesetzt, dass bei Aufstellung des Etats und sonstigen kommunalen Beschlüssen die Beschlussfassung im Falle eines Versagens der Vertretungskörperschaft zunächst dem Gemeindevorstand und gegebenenfalls seinem Vorsitzenden übertragen wird. Erst wenn auch diese Stellen versagen, tritt das Ersatzbeschlussrecht der Aufsichtsbehörde in Wirksamkeit.

Die Stellenplan-Verordnung, die sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 stützt, erstrebt eine weitere Zurückführung des gemeindlichen Personalbestandes auf das unerlässliche Mass. Es wird vorgeschrieben, dass bestimmte Stellen als "künftig wegfallend" zu bezeichnen und im Falle ihres Freiwerdens nicht wieder zu besetzen sind. Die Durchführung dieser Vorschrift wird von der Aufsichtsbehörde überwacht, die ermächtigt ist, ihrerseits weitere Stellen als "künftig wegfallend" zu bezeichnen. - Die kommissarische Regierung erklärt noch, dass diese Verordnungen nur eines der Mittel zur Sanierung der Gemeindefinanzen sein könnten und verweist auf die Denkschrift des kommissarischen Innenministers vom 18. Oktober mit dem Bemerkung, dass die seit Jahren erfolgte Zerrüttung der Gemeindefinanzen nicht in wenigen Wochen beseitigt werden könne.

-----

SPD. Warschau, 2. November (Eig. Drahtb)

Der polnische Aussenminister Zaleski ist am Mittwoch zurückgetreten. Seine Nachfolge wird voraussichtlich der bisherige Staatssekretär im Aussenministerium, der erst 39 jährige Oberst Josef Beck übernehmen. Wie verlautet, soll Zaleski den Pariser Botschafterposten erhalten.

Der Rücktritt Zaleskis ist auf Betreiben des Obersten Beck zurückzuführen, der einer der Pilsudski am nächsten stehenden jüngeren Offiziere ist und der schon seit langer Zeit diesen Posten anstrebte. Zaleski hatte sein Amt seit dem Mai-Umsturz im Jahre 1926 bis heute ununterbrochen innegehabt. Innenpolitisch war er ein unbedingter Anhänger der Pilsudski-Diktatur, in seiner aussenpolitischen Tätigkeit war er ein Anhänger des Völkerbundes und Vertreter einer durchaus friedlichen Politik, die aus der Erkenntnis erwuchs, dass Polen durch einen Krieg nur zu verlieren aber nichts zu gewinnen hätte. Der Wechsel im Aussenministerium dürfte voraussichtlich keine Änderung in dem bisher eingehaltenen Kurs mit sich bringen, da auch in aussenpolitischen Fragen nur die Entscheidungen Pilsudskis ausschlaggebend sind, als dessen blosses Exekutivorgan Zaleski auch allgemein hier gegolten hat.

-----

SPD. "Gegen Reaktion und Klassenkampf!" - unter dieser Parole führen die Nationalsozialisten den neuen Wahlkampf. Gegen die Reaktion? Aber das sind sie doch selbst! Sie meinen zwar damit den Kurs von Papen und Bracht, die Barone, die "feinen Leute", die ihnen gegenwärtig die ausschliessliche Ausübung der Regierungsgewalt verweigern. Aber abgesehen von diesem Kampf um die Futterkrippe oder vielmehr um die Quote der Regierungsbeteiligung, gibt es keinen grundsätzlichen Gegensatz zwischen den Nazis und den Baronen, zwischen Hitler und Papen, zwischen Goebbels und Hugenberg, zwischen Kube und Bracht. Die Nazis sind gross geworden nur durch reaktionäre Parolen und ihre Wählerschaft setzt sich grösstenteils aus bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Schichten zusammen. Anders wäre es auch gar nicht zu erklären, dass Hitler sämtliche bürgerlichen Rechtsparteien verschlungen hatte mit Ausnahme eines schäbigen Restes von Deutschnationalen. Die Hakenkreuzler waren die bürgerlich-reaktionäre Partei geworden, in den Städten wie auf dem Lande, und der Gedanke, dass ausgerechnet sie nunmehr den Kampf gegen die Reaktion führen wollen, ist eine groteske Begriffsverwirrung.

Unter Reaktion versteht man gemeinhin die Abwehr gegen alle fortschrittlichen, demokratischen und sozialen Bestrebungen. Die Reaktion ist kapitalistisch, militaristisch, nationalistisch, antisemitisch, arbeiterfeindlich. Welche von diesen Bezeichnungen trifft auf die Hakenkreuzler nicht zu? Wie hätte denn sonst Hitler die Unterstützung von Thyssen und Kirdorf, von Litzmann, Epp und Auwi, eines grossen Teils der evangelischen Geistlichkeit, unzähliger Grossgrundbesitzer und Grossbauern und der meisten ehemaligen Freikorpslands-knechte erzielt als durch ausgesprochen reaktionäre Parolen und Versprechungen? Man braucht ja nur in den letzten Tagen dieses neuen Wahlkampfes zu beobachten, in welchen Stadtteilen die meisten Hakenkreuzflaggen gezeigt werden: sie hängen grösstenteils aus den Wohnungen der Reichen oder des typischen kleinbürgerlichen Mittelstandes heraus. Es sind nach wie vor die ehemaligen Wähler der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei, die das Hauptkontingent der Anhängerschaft Hitlers abgeben. Es mag sein, dass diesmal ein Rückstrom aus dem nationalsozialistischen Lager vor allem wieder zu den Deutschnationalen einsetzen wird, weil die eingefleischten Reaktionäre in der Regierung Papen eine noch wirksamere Erfüllung ihrer Ideen und Wünsche erblicken als in dem sagenhaften Dritten Reich. Aber an dem Grundcharakter der Nationalsozialisten ändert diese Tatsache einer Wählerverschiebung ebenso wenig, wie der kramphafte Versuch von Gregor Strasser und Goebbels, ihrer Bewegung einen "proletarischen" Charakter



nachträglich aufzustempeln.

Nicht weniger sinnlos und widerspruchsvoll ist der zweite Teil der Hakenkreuzlerischen Wahlparole. Mit ihrem ersten Teil "Gegen die Reaktion" will man die Arbeiter ködern, mit ihrem zweiten Teil "Gegen den Klassenkampf" sollen die mittelständlerischen Schichten bei der Stange gehalten werden. Aber gerade in der heutigen Zeit wenden sich die Nationalsozialisten immer mehr an die Besitzlosen in den Grosstädten und versuchen, sich als ihre Interessenvertreter aufzuspielen. Zu diesem Zweck geben sie vor, den Kampf gegen die antisozialen, reaktionären Bestimmungen der letzten Notverordnungen zu führen, ja sie rühmen sich sogar, dass unter ihrer Führung erfolgreiche Abwehrbewegungen in zahlreichen Betrieben gegen Lohnkürzungen und dergleichen stattfinden. Meist ist das blosses Renommisterei und es handelt sich in Wirklichkeit um freigewerkschaftliche Abwehrkämpfe, die von den nationalsozialistischen Betriebszellen mitgemacht werden, während noch vor wenigen Monaten die Naziarbeiter ausgesprochene Gelbe waren, die als solche von den Unternehmern bevorzugt wurden.

Es bleibe dahingestellt, aus welchen Gründen eine gewisse Schwenkung in der Taktik der Hakenkreuzler gegenüber dem Unternehmertum eingetreten ist. Wahrscheinlich haben Strasser und Goebbels erkannt, dass es aus wahltaktischen Gründen zweckmässig ist, mit der schwierigen Faust zu operieren, weil ihnen sonst die proletarischen Elemente scharenweise davongelaufen wären. Aber gleichviel: von dem Augenblick an, wo die Nationalsozialisten derartige Kämpfe in den Betrieben selbständig führen oder auch nur mitmachen, treiben sie gerade das, was sie zu bekämpfen vorgeben, nämlich den Klassenkampf. Sie sind Klassenkämpfer wider Willen geworden, ohne es zu wissen!

-----

SPD. Die am 28. September d.J. vom kommissarischen preussischen Innenminister erlassene Polizeiverordnung zur Ergänzung der Badepolizeiverordnung vom 18. August 1932 (die Zwickel-Verordnung) ist nunmehr beim Preussischen Landtag eingegangen. Die Verordnung ist bekanntlich mit dem 1. November in Kraft getreten.

-----

SPD. Frankfurt/M., 2. Nov. (Eig. Drahtb.)  
Der preussische Innenminister Severing ist nach Abhaltung von 40 Wahlversammlungen in Frankfurt an einem Bronchial- und Luftröhrenkatarrh erkrankt und musste daher die Versammlungen in den nächsten Tagen absagen.

-----

SPD. Das preussische Staatsministerium teilt mit: In der heutigen Staatsministerialsitzung stellten die Staatsminister übereinstimmend fest, dass die Reichsregierung ihre Pflicht, die nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs zu Unrecht ihres Amtes enthobenen preussischen Staatsminister wieder in ihre Ämter als Staatsminister und Landesregierung einzusetzen, bis heute nicht erfüllt hat.

-----

SPD. Breslau, 2. November (Eig. Drahtb.)  
Schwere Arbeitslosenunruhen ereigneten sich vor dem Gemeindeamt in Lipine in Ostoberschlesien. Mehrere 100 Arbeitslose, insbesondere Verheiratete und Familienväter, denen man als Unterstützung für die vergangene Woche ganze 2 Zloty bewilligt hatte, versuchten Bäckereien, Fleischereien und Kolo-

nialwarenhandlungen zu stürmen. Die Polizei war gegenüber der masslos erbit-  
terten Menge, aus der heftige Verwünschungen gegen das Pilsudski-Regime laut  
wurden, zunächst völlig machtlos. Erst nach dem Erscheinen von Polizeiver-  
stärkungen, die aus der Umgegend zusammengezogen worden waren, ergriffen die  
Demonstranten die Flucht.

---

SPD. Stuttgart, 2. November (Eig. Drahtb)

Mit Rücksicht auf die am Donnerstag vorgesehene Sitzung des Verfassungs-  
ausschusses des Reichsrats hat am Mittwoch-Nachmittag eine Sitzung des württem-  
bergischen Staatsministeriums stattgefunden, um zu der durch das Vorgehen  
der Reichsregierung geschaffenen Lage in Preussen Stellung zu nehmen. Die  
amtlich über diese Sitzung zur Ausgabe gelangte Meldung besagt über die von  
der württembergischen Regierung eingenommene Stellung nichts, sondern sie be-  
schränkt sich darauf, mitzuteilen, dass der württembergische Gesandte in  
Berlin mit Weisungen für die zu erwartenden Reichsratsverhandlungen versehen  
worden sei.

Es war vorzusehen, dass die württembergische Regierung keinen Be-  
schluss fassen würde, der in ähnlicher Weise, wie es in Bayern geschah, öffent-  
lich eine scharfe Missbilligung des Vorgehens der Reichsregierung ausspricht.  
Schon seither war eine gewisse Differenzierung in den württembergischen Re-  
gierungsaussagen gegenüber denen aus Bayern und Baden insbesondere auch im  
Ton zu verzeichnen. Das ist die selbstverständliche Folge des Umstandes, dass  
in der württembergischen Regierung auch zwei Deutschnationalen sitzen, von  
denen der Finanzminister Dr. Dehlinger ein waschechter Hugenberg-Mann und  
daher in diesem Fall auch wohl ein Anhänger des Papen-Kurses im Reiche ist.  
Hier liegen also Hemmungen für die württembergische Regierung vor, die es ver-  
hindern, sich so robust zu äussern, wie es in München oder Karlsruhe möglich  
ist. Wir glauben aber sagen zu können, dass in sachlicher Beziehung die end-  
gültige Stellungnahme der württembergischen Regierung sich nicht wesentlich  
von der ihrer Nachbarregierungen unterscheiden wird, dass vielmehr auch von  
ihr die stärksten Bedenken gegen die Berechtigung des Vorgehens der Reichsre-  
gierung in Preussen geltend gemacht werden und dass ihre Stimmen im Reichsrat  
daher voraussichtlich in diesem Sinne instruiert worden sind. Erwünscht wäre  
es allerdings, wenn die Verhandlungen im Reichsrat hierüber im Hinblick auf  
die Bedeutung der Sache nicht vor den Reichsratsvertretern allein stattfinden,  
sondern dass insbesondere zu den endgültigen Entscheidungen des Reichsrats  
auch die Ministerpräsidenten der Länder hinzugezogen werden.

Im Übrigen liegt der württembergischen Regierung auch noch eine Anfrage  
des sozialdemokratischen Abgeordneten Keil über ihre Stellungnahme in dieser  
Sache vor. Wie wir hören, soll die Beantwortung dieser Anfrage beschleunigt  
erfolgen und über die Haltung der württembergischen Regierung ausreichend  
Aufschluss geben.

---

SPD. Breslau, 2. November (Eig. Drahtb)

Eine neue widerliche Roheit eines Nationalsozialisten wird aus der Ort-  
schaft Kriechen im Landkreis Breslau gemeldet. Der der NSDAP angehörige Feld-  
hüter Jantosch aus Würtendorf schlug einen jungen Mann, der in Begleitung  
eines anderen Jugendlichen auf dem Kriechener Gemeindegelände Pilze sammeln  
wollte, ohne jeden vorausgegangenen Wortwechsel, angeblich weil er die Grenze  
des Gemeindegeländes überschritten hatte, mit einem Drilling über den Kopf.  
Der junge Mann trug eine schwere Kopfverletzung, eine ernstliche Gehirnerschüt-  
terung und eine Verwundung am Arm davon.

---



SPD. Hamburg, 2. November (Eig. Drahtb.)

Die Folgen der kommunistischen Parole "Hauptfeind ist die Sozialdemokratie" zeigen sich von Tag zu Tag erneut. Am Dienstag meldeten sich in Altona in der Wohnung des Sozialdemokraten Peters, der eine Fahne der Eisernen Front gehisst hatte, drei Kommunisten und forderten ihn auf, die Fahne einzuziehen. Sie bedeuteten ihm, dass in dieser Strasse, in der nur Arbeiter wohnten, für eine Fahne der Eisernen Front kein Platz sei. Eher wäre schon eine Hakenkreuzfahne angebracht. Mit der Aufforderung, bis nachmittags um drei Uhr die Fahne einzuziehen, verliessen sie unter Drohungen wieder die Wohnung. Kurze Zeit darauf wiederholte sich der Vorgang in der Wohnung der sozialdemokratischen Funktionärin Behrend in der Unzerstrasse, die ebenfalls eine Eisernen Front-Fahne gehisst hatte. Auch hier gaben die Kommunisten ihrer Meinung Ausdruck, dass gegen eine Hakenkreuzfahne nichts einzuwenden sei, während die Eisernen Front-Fahne aber verschwinden müsse.

Inzwischen war die Polizei von diesen unerhörten Anmassungen der drei Kommunisten verständigt worden und als sie etwas später mit demselben Ansinnen in der Wohnung des Sozialdemokraten Rückmann erschienen, konnte die Polizei die drei sauberen Gesellen, die sich noch in dem kommunistischen Lokal Brandt mit ihren Taten gebrüstet hatten, festnehmen. Es handelt sich um die Kommunisten Balkan, Ever und Anderson.

Wenn auch die kommunistische Parteileitung, die von dem Vorgehen ihrer Mitglieder verständigt worden war, erklärte, dass sie mit diesen Dingen nichts zu tun habe und dass sie sie verurteile, so ändert das aber nichts an der Tatsache der grotesken geistigen Verwirrung des kommunistischen Anhangs, der sich heute schon mit dem nationalsozialistischen Mordgesindel solidarisch erklärt und bereit ist, deren Symbol, die Hakenkreuzflagge, seine Reverenz zu erweisen, während sie der Fahne der kämpfenden Arbeiterschaft mit dem Zeichen der Eisernen Front ihren Kampf ansagen.

-----  
SPT. Breslau, 2. November (Eig. Drahtb.)

Wie erst nachträglich verlautet, wurde Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, als er in der vergangenen Woche in Oels sprach, in der übelsten Weise von Hakenkreuzlern angepöbelt. Mehrere SA-Leute, teils in Uniform teils in Zivil, bedächten den Zentrumsführer beim Verlassen des Versammlungsraumes mit unfähigen Schimpfworten, wie "Drecksau", "Misthund", "Misthaufen", sodass Polizeibeamte einschreiten mussten. Ein besonders flegelhafter Nazimann hatte sogar gerufen: "Da bist du ja, du Krautkopp!! Die müsste man ein Messer in die Wampe jagen!"

-----  
SPD. Halle, 2. November (Eig. Drahtb.)

Nach mehrwöchentlicher Verhandlung verurteilte die halleische Strafkammer am Mittwoch den Inhaber des im Vorjahre zusammengebrochenen Bankhauses Schönlicht und Vorsitzenden der halleischen Bankvereinigung, Schwarz, wegen Verbrechen gegen das Depotgesetz in Tateinheit mit Vergehen gegen die Konkursordnung, ferner wegen Vergehens gegen § 9 des Depotgesetzes und § 266 Abs. 2 des Strafgesetzbuches zu einer Gesamtstrafe von 2½ Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 3 1/4 Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt.

SPD. Frankfurt/M., 2. Nov. (Eig. D rahtb

Ausserordentlich bedeutungsvolle Warnungen gegen die Konfliktpolitik der Papenregierung veröffentlicht der Frühere Reichskanzler Brüning in dem Frankfurter Zentrumsorgan "Rhein-Mainische Volkszeitung" unter dem Titel "Am Tage nach der Schlacht". In diesem Artikel bedauert Brüning, dass man nicht hinreichend beachtet habe, dass der Führer der deutschen Zentrumspartei, Prälat Kaas, in Münster die über den Wahlkampf hinausgreifende staatsmännische Forderung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft gestellt habe. Dieser Vorschlag entspreche der Zentrumstradition, in den Leidenschaften des Tageskampfes die Besinnung auf das Ganze in den Vordergrund zu stellen.

Brüning wirft die Frage auf: Was meint Prälat Kaas und gibt selbst die Antwort, dass Kaas nicht eine Parole ins Blaue geben wollte, sondern den ernstzunehmenden Versuch machte, alle gutwilligen Kräfte des Volkes auf eine gemeinsame Linie zu bringen und unter der Autorität des Reichspräsidenten für ein bestimmtes vordringliches Ziel sich positiv einzusetzen. Das in unserer Lage vordringlich-Notwendige müsste sehr schnell von dem minder Notwendigen, das Erreichbare von dem vorläufig Unerreichbaren zu scheiden sein. Der Ansatzpunkt würde der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sein. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, dass ein Wirtschaftsprogramm den Kampf gegen die Wirtschaftskrise erfolgreich aufnehmen könne und die etwa aus der Weltwirtschaft aufsteigende Welle konjunktureller Belebung realisiert werden könne, wenn es nicht gleichzeitig gelänge, die Gesamtpolitik und alle Kräfte des Volkes in Methode und Zielsetzung auf eine Generallinie zu bringen.

Diese Erkenntnis käme zwar in den Handlungen der gegenwärtigen Reichsregierung nicht sichtbar zum Ausdruck, dränge aber bei allen aufrichtig besorgten Freunden des Vaterlandes zum Durchbruch. Ein sachliches Arbeitsprogramm für die von Kaas geforderte "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" liesse sich unschwer aufbauen. Es müsste umfassen:

"Aussenpolitisch: Eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, die ohne Preisgabe der berechtigten nationalen Forderungen, die Gemeingut des Volkes sind, aber auch weit entfernt von kurzsichtigen Konzessionen an ein innerpolitisches Prestigebedürfnis - in der Akzentuierung und in sorgfältiger Abmessung des Zeitabschnittes planmässig darauf ausgeht, den deutschen Forderungen die Wiederkehr des Weltvertrauens zu sichern und für die kommende Weltwirtschaftskonferenz die Klärung der Auslandsschulden und des Zinsendienstes sowie Auftauung des internationalen Kapitals und Warenverkehrs umsichtig vorzubereiten.

Innenpolitisch: Abwehr aller Störungen, die durch serienweise Wahlkämpfe, durch Aufwühlung der politischen Leidenschaften, durch fortschreitende Radikalisierung, durch Aufreizung der ohnedies vorhandenen Spannungen sowie durch bedenkliche Verfassungsexperimente einen wirtschaftlichen Gesundungsprozess aufhalten. Das Verfassungsproblem ist ein Problem, aber es ist nicht zu sehen, wie es mitten in der Wirtschaftskrise, mitten im Krisenwinter, zu einer dauerhaft befriedigenden Lösung gebracht werden könnte.

Wirtschaftspolitisch: Ein klarer Plan, der sich in gleicher Weise von unerfüllbaren Versprechungen wie von Subventionsleistungen fernhält während finanziell die Basis nicht ganz solide gesichert erscheint; dessen einzelne Teile und Etappen so aufeinander abgestimmt sein müssen, dass nicht eine Massnahme die Wirkung der anderen in Frage stellt; der auf der Basis streng geordneter öffentlicher Finanzen aufbau, der endlich in seinem Kern aus den Eigenbedingungen der Wirtschaft auf ein sorgsam überlegtes und unmittelbar in reeller Aufträge umzusetzendes Arbeitsbeschaffungsprogramm zu konzentrieren ist.

Sozialpolitisch: Eine Gesamtlinie, die nicht an der Erkenntnis vorübergeht, dass Deutschland nicht gegen die berechtigten Interessen seiner 60 % Arbeitnehmer regiert werden kann und dass ein wirtschaftlicher Aufbau nicht ohne das Vertrauen und die hingebende Mitarbeit der werktätigen Massen ge-

lingen kann.

Eine solche Umgrenzung der Aufgaben wäre wohl geeignet, den immer noch vorhandenen Aufbauwillen in allen Schichten der Nation, gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten und des Reichstags, in einer Regierung zu konzentrieren, die als Ausdruck eines in breitesten Schichten lebendigen Volkswillens und in verständnisvoller Zusammenarbeit mit dem Reichstag die innerlich begründete Autorität einer starken Führung beansprucht und ausüben könnte. Auf solche Weise und auf solcher Grundlage bestünde begründete Hoffnung, dass Deutschland im gegebenen Augenblick mit einem Mindestmass von Reibung und Störung den Anschluss an die Auftriebenden der Weltwirtschaft gewänne. Ein solches Ziel enthält nichts, worauf sich nicht alle Kreise des Volkes einigen könnten, die überhaupt zu verantwortungsbewusster Mitarbeit an der Gestaltung unseres Schicksals bereit sind.

Es kann keinesfalls ein unübersteigbares Hindernis sein, die für eine solche Aufgabe geeigneten Persönlichkeiten zu finden. Denn die Alternative ist zwingend, entweder dieser Versuch wird gewagt oder.... Es kann nicht zweifelhaft sein, nach welcher Richtung die Entscheidung fallen muss!

-----

SPD. Wittenberg, 2. November (Eig. Dr.)

Wir berichteten kürzlich, dass verschiedenen jugendlichen Wohlfahrts-Unterstützungsempfängern des Landkreises Wittenberg vom Bezirksfürsorgeverband die Aufforderung; zugegangen ist, sie sollten sich wegen Aufnahme von Arbeit beim freiwilligen Arbeitsdienst, und zwar bei dessen Trägern, Stahlhelm und Jungdo melden. In diesem Schreiben wurde angekündigt, dass der Bezirksfürsorgeverband sich vorbehalte, wenn die Arbeit nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgenommen worden sei, nachzuprüfen, ob die Bedürftigkeit zur Zahlung der Unterstützung noch weiterhin anerkannt werden könne.

Obwohl durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Hertz Beschwerde erhoben und von zuständiger Stelle auch Abstellung versprochen wurde, ist jetzt verschiedenen Jugendlichen der Bescheid zugegangen, dass die Unterstützungszahlung eingestellt würde. In dem Schreiben heisst es u. a., dass den Arbeitslosen durch das Angebot der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst die Möglichkeit gegeben worden sei, sich selbst den notwendigsten Lebensunterhalt zu sichern. Bei diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, wie ihn der Bezirksfürsorgeverband einzuführen sich anschickt, sind 90 Prozent des Weges zum Zwangsarbeitsdienst bereits zurückgelegt. Es wird höchste Zeit, dass dem dafür verantwortlichen Landrat plausibel gemacht wird, dass für sein Vorgehen die gesetzliche Grundlage fehlt!

-----

SPD. Halle, 2. November (Eig. Drahtb.)

Schulden sind keine Hasen, so denkt jedenfalls auch der aufgrund eines Attestes der halleschen Universitätsklinik aus dem Volksschuldienst entlassene derzeitige Geschäftsführer der Nazi-Preussenfraktion Paul Hinkler. Während seiner glorreichen Tätigkeit als Nazi-Gauleiter in Halle wohnte er in einem dem Volksfeuerbestattungsverein gehörigen Haus und war, wie es sich für einen "ehrbaren deutschen Mann" mit anständigem Gehalt gehört, eine ganz nette Summe für Miete schuldig geblieben. Verschiedentlich hat der Volksfeuerbestattungsverein ihn, da er nicht zahlte, erfolglos zum Offenbarungseid zwingen wollen. Als Hinkler jetzt in Halle als Redner angekündigt war, erwirkte der Verein einen gerichtlichen Nacht-Pfändungsbeschluss. Als er gerade mit seiner Säuberungsrede beginnen wollte, nahte Hinkler der Gerichtsvollzieher, um bei ihm eine Leibesvisitation vorzunehmen. Leider kam aber der

Beamte nicht dazu. Hinkler hatte sich, nichts gutes ahnend, mit einer Schar zuverlässiger SS-Leute umgeben. Solche Geldaffären scheinen eine Erbeigen-tümlichkeit der Familie Hinkler zu sein. Denn der Bruder des Preussen-Säuberers, der Redakteur am halleschen Nazi-Blättchen Georg Hinkler, wurde wegen unsauberer Geldgeschäfte - dazu noch mit einem Juden - zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt.

-----

SPD. Bad Homburg, 2. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der preussische Unterrichtsminister Grimme sprach in einer grossen Wahlkundgebung in Bad Homburg. Er führte u.a. aus: Adolf Hitler hat im August deutlich bewiesen, dass ihm seine Partei über alles geht, während sein Vaterland für ihn Luft ist. Hätte die Sozialdemokratie 1918 ebenso wie Hitler gehandelt, dann wäre Deutschland heute nicht mehr am Leben. Die Führerqualitäten Hitlers zeigen sich am besten darin, dass er aus seinem Sieg vom 31. Juli nichts gemacht hat.

Alles Geschrei der Nazis kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der Herrenreiter Papen auf einem braunen Pferdchen auf dem Sportplatz der deutschen Politik eingeritten ist (stürmische Heiterkeit). Bei näherem Zusehen stellt sich Papens autoritäre Staatsregierung als ein lackiertes Schild heraus und, kratzt man den Lack ab, so kommt darunter das Wort vom Obrigkeitsstaat zum Vorschein. Diesen Obrigkeitsstaat will die deutsche Herrenkaste wieder errichten. Herr von Papen kann sich dabei nur auf einen verschwindenden Bruchteil des deutschen Volkes stützen.

Im Leipziger Prozess hat die Reichsregierung das letzte Stückchen Prestige im deutschen Völkchen verloren. Dass Severing selbst den Reichskommissar gefordert habe, glaubt ausser Papen kein Mensch in Deutschland. Ich muss die Frage, die ich in Hamburg an Herrn von Papen gerichtet habe, hier erneut wiederholen: Hat diese angebliche Äusserung Severings eine Rolle gespielt, als in Neudeck die Unterschrift von Herrn von Hindenburg eingeholt wurde zum Vorgehen gegen Preussen? (stürmische Hör-Hör-Rufe) Die Antwort steht bis heute aus. Wir müssen verlangen, dass die Regierung noch vor dem 6. November eine eindeutige Antwort gibt.

Für religiöse Menschen ist es unerträglich, dass Herr von Papen sich so oft auf den lieben Gott beruft. Gott ist kein staatsrechtlicher Lückenbüsser. Konflikte innen, Konflikte aussen, das sind die Begleiterscheinungen dieser Regierung, die auch in aussenpolitischer Beziehung eine klassische Regierung der Weltfremdheit ist.

Hitler hat den Hass mobilisiert, Hugenberg das Kapital. Wir wollen den Solidaritätsgedanken mobilisieren, um die Menschheit zu befreien im Geiste des Sozialismus. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

-----

SPD. Gummersbach (Rhld.) 2. Nov. (Eig. Drahtb.)

Als Hitler zu einer Versammlung im Gummersbach mit seiner Autokarawane ankam, lenkte plötzlich ein Begleitwagen, der mit seiner SS-Garde besetzt war, ohne jeden ersichtlichen Grund in schnellem Tempo rasch am Rande des Bürgersteigs vorbei und die SS-Schlägergarde schlug mit 1½ Meter langen Reitpeitschen wahllos auf die dort stehende Menschenmenge, darunter auch Frauen und Kinder, ein. Die Burschen hatten es besonders auf die im Hintergrunde stehenden Reichsbannerkameraden abgesehen, von denen zwei ins Gesicht geschlagen wurden. Eine Frau wurde so heftig über den Kopf geschlagen, dass sie zusammenbrach. Das Ganze war das Werk weniger Sekunden. Die Burschen sausten nach dieser Tat ab. Die Versammlung in Gummersbach soll nach der Nazipresse von 30 000 Menschen besucht gewesen sein. Nach polizeilicher Schätzung waren jedoch nur 10 - 12 000 anwesend.

SPD. Während einer der ersten Reichsratssitzungen, die Herr von Gayl leitete, versprach er, den "deutschen" Rundfunk zu "zentralisieren" und zu "entpolitisieren". Zunächst wurde eine Reihe von Personalveränderungen vorgenommen. Durchweg reaktionäre Persönlichkeiten, die von der Eigengesetzlichkeit des Rundfunks und seiner Programmgestaltung keine Ahnung haben, wurden auf die Plätze erfahrener Programmleiter gesetzt, die teils entlassen, teils "anderweitig" Verwendung fanden. Als politischer Kommissar des Reichsministers des Innern wurde Ministerialrat Scholz ernannt, der von der Volkspartei zu den Deutschnationalen wechselte, um schliesslich auch bei der Nationalsozialistischen Partei ein- und auszu-treten, nachdem er unter Reichsminister Severing seine Verbundenheit mit der Weimarer Verfassung betont hat. Den Einflüssen von Ministerialrat Scholz ist es zuzuschreiben, dass die neuen Rundfunkrichtlinien geeignet sind, das Ansehen der deutschen Kultur im Ausland zu schädigen und im Inland weitere Hörerabgänge hervorzurufen. Der Inhalt der Richtlinien ist:

"Künftig werden die Rundfunkgesellschaften ihr Programm selbständig und unter eigener Verantwortung im Rahmen der Richtlinien aufstellen. Massgebende Persönlichkeit hierfür ist der Intendant.

Innerhalb der Summe, die jeder Sender von der Reichs-Rundfunkgesellschaft zugeteilt erhält, hat die Rundfunk-Gesellschaft Freiheit in der Bewirtschaftung der Mittel.

Grundsätzliche Programmfragen und solche des Programmaustausches werden von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft bearbeitet.

Als beratende Organe für den Programmdienst wirken Programmbeiräte mit, die bei der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mit fünfzehn, bei den einzelnen Sendern mit sieben bis elf Mitgliedern besetzt werden.

Die Richtlinien für den Programmdienst verpflichten den Rundfunk zur Aufbauarbeit an Volk und Staat, die frei von Parteeinflüssen und bürokratischem Zwang sein soll.

Alle Gesellschaften erhalten die Form der G.m.b.H. Die Anteile an der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft liegen zu 51 v.H. in Händen der deutschen Reichspost, zu 49 v.H. bei den Ländern, in deren Gebiet sich Sender befinden.

Als Aufsichtsorgan für die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft wirkt der Verwaltungsrat, in dem der Reichspostminister und der Reichsminister des Innern durch je 4, die Länder mit Sendern durch insgesamt 7 Mitglieder vertreten sind. Die Befugnisse der Kommissare umfassen Fragen der Personalpolitik und des Programmdienstes.

Die Besetzung der für den Verwaltungs- und Programmdienst massgeblichen Stellen erfordert bei der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft die Zustimmung des zuständigen Reichskommissars. Bei schweren Pflichtverletzungen dieser massgeblichen Persönlichkeiten können die hiernach zuständigen Kommissare die Abberufung veranlassen. Die Kommissare können einzelne Darbietungen aus politischen Gründen verbieten oder von Änderungen abhängig machen.

Im grossen und ganzen enthalten die Richtlinien Kautschukbestimmungen, die besonders dann dehnbar angewendet werden, wenn es sich darum handelt, republikanische oder sozialistische Programme abzulehnen. Die "Aufbauarbeit des Rundfunks an "Volk und Staat", der "frei von Parteeinflüssen und bürokratischem Zwang" sein soll, ist ja unter der Leitung des Herrn Scholz kein Geheimnis geblieben. Die Richtlinien sagen im übrigen nicht, inwieweit sich die Staatskommissare der einzelnen Sendegesellschaften den Anweisungen des Reichskommissars zu fügen haben. Zweifellos dürfte sich die Reichsregierung bei wichtigen politischen Vorträgen die Entscheidung vorbehalten und den Einfluss der Länder zurückdrängen, wenn nicht gar ausschalten. Keine nähere Andeutung gibt über das Aufgabengebiet des von der Reichsregierung geplanten Reichssenders Auskunft, der die Politik des Reichskabinetts unter-



stützen soll. Nach den bisherigen Informationen werden auch die Programmbeiräte vom Reichsministerium des Innern ernannt, wobei nicht feststeht, nach welchen sachlichen Motiven die Auswahl erfolgt. Es heisst ferner, dass die Rundfunkgesellschaften die Programme unter eigener Verantwortung selbständig im Rahmen der Richtlinien gestalten können. Gleichzeitig wird aber bestimmt, dass grundsätzliche Programmfragen von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft geregelt werden, die unter dem Einfluss des Reichskommissars steht. Wenn nun noch weiterhin bestimmt wird, dass die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft bei jeder einzelnen Sendegesellschaft mit 51 % beteiligt ist und sich die Personalauswahl gesichert hat, die Länder aber nur 49 % der Gesellschaftsanteile besitzen, ist es unschwer festzustellen, wer künftig die eigentliche Macht über die Organisation der Programmgestaltung besitzt.

Weitere "Richtlinien für die Sendungen des deutschen Rundfunks" bestimmen u.a., dass er dem deutschen Volke zu dienen und deshalb "christliche Gesinnung und Gesittung" zu vertreten habe. "Die verehrungswürdigen, aus der Geschichte des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches überlieferten Güter sind in der Arbeit des deutschen Rundfunks zu achten und zu mehren. Seine Leiter und Mitarbeiter bejahen dieses geschichtliche Erbe. Wer die verantwortungsvollen Bindungen an Volk und Staat nicht anerkennt, hat keinen Platz im deutschen Rundfunk. Die Stärkung deutscher Staatsgesinnung und die Pflege der deutschen Kulturgüter im ganzen ist vornehmlich die Aufgabe des Reichssenders. Die landschaftlichen Sender vermitteln im besonderen das reiche Eigenleben der deutschen Stämme. Die verantwortliche Teilnahme an der Politik als der Sorge für das Gesamtwohl des Volkes setzt das Wissen um unsere grosse und besondere Geschichte voraus. Darum soll der Rundfunk die Hörer über das Werden des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches unterrichten und das Gefühl für deutsche Ehre stärken. Die erregenden Fragen der Zeit werden so behandelt, dass das Wohl des Ganzen gewahrt bleibt. Staatsfeindliche Bestrebungen sind vom Rundfunk ausgeschlossen. In aussenpolitischen Fragen ist der deutsche Standpunkt würdig zu vertreten, verletzend oder herabsetzende Aeusserungen über andere Völker und Staaten haben zu unterbleiben. Bei Darbietungen aus den grosstädtischen Vergnügungsbetrieben ist zu beachten, dass sie auch Hörer erreichen, die den Rundfunk im Kreise der Familie aufnehmen. Was in der Familie als anstössig empfunden werden muss, ist zu vermeiden. Was das Christentum entwürdigt und die Sitte und Kultur des deutschen Volkes auflöst, ist vom Rundfunk ausgeschlossen".

Am 8. November werden auch die "Richtlinien für den Rundfunk" in den Reichsratsausschüssen beraten werden. Zwar wird von amtlicher Stelle versichert, dass sich während der Vorbesprechungen bereits eine weitgehende Uebereinstimmung zwischen Reich und Ländern ergeben habe. Damals waren allerdings die Vertreter der preussischen Staatsregierung nicht vertreten. Deshalb könnten sich bei den Verhandlungen im Reichsrat andere Einflüsse geltend machen, zumal sich von acht bezirklichen Rundfunkgesellschaften allein fünf Sender auf preussischem Gebiet befinden. Aber auch von den übrigen, nationalsozialistisch nicht verseuchten Staatsregierungen wäre zu erwarten, dass sie Richtlinien ablehnen, die ihr Mitbestimmungsrecht am Rundfunk zum mindesten in Frage stellen und die durch ihren einseitig politischen Inhalt jede freiheitliche Geistesrichtung in der Programmgestaltung unmöglich mache

SPD. Stockholm, 2. Nov. (Eig. Drahtb.)

Wie heute offiziell bekannt gegeben wird, werden die Verhandlungen über das neue schwedisch-deutsche Handelsabkommen Mitte November in Stockholm stattfinden.



SPD. München, 2. November (Eig. Drahtb.)

Nach seiner Rückkehr aus Stuttgart hat Ministerpräsident Dr. Held am Mittwoch die Presse zu sich gebeten, um die Öffentlichkeit über die sachlichen Zusammenhänge des Konflikts zwischen der Papen-Regierung und Bayern aufzuklären. Seine zum Teil sehr scharf formulierten Ausführungen liess die Tiefe der Gegensätze erkennen, die für den Augenblick unüberbrückbar erschienen.

Zunächst verwahrte sich Dr. Held gegen die Darstellung der Papen-Presse, dass Bayern mit seinem Widerspruch gegen die jetzigen Massnahmen die Reichs- und Verfassungsreform überhaupt sabotieren wolle. Bayern bekämpfe nur eine solche Reform, die ausserhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden solle. Die Reichsregierung müsse zunächst den Versuch machen, die Reform mit den dazu berufenen Organen, dem Reichstag und dem Reichsrat, in die Wege zu leiten. Erst wenn dieser Versuch gescheitert sei, könne die Frage untersucht werden, ob sich das Reich in einem solchen Notstand befinde, dass, um der Erhaltung des Ganzen willen, die Reform über Verfassungsbestimmungen hinweg in Angriff genommen werden müsse. Auch vom bayerischen Standpunkt aus lasse sich durchaus eine Lösung des Dualismus zwischen Reich und Preussen denken. Allerdings müsste dabei die Grundforderung berücksichtigt werden, dass bei einer Verreichlichung Preussens oder bei einer Verpreussung des Reiches die anderen deutschen Länder aus ihrer durch die Verfassung garantierten Position nicht verdrängt und schliesslich in ihrer Eigenstaatlichkeit abgesetzt werden. Mit aller Entschiedenheit müsse man sich gegen die Behauptung wehren, dass das, was jetzt geschehen sei, nur ein Provisorium darstelle. In Wirklichkeit sei es das Kernstück der Reichsreform. Denn man wolle die Zentralgewalt im Reich als die einzige Staatsgewalt im ganzen Reich installieren und ausserdem die Gemeinden reichsunmittelbar machen. Das beweise ganz eindeutig die Berufung des Herrn Popitz. Das sei eine Reichsreform ganz zentralistischer Art und laufe auf eine Totmachung des Länderwillens hinaus, gemacht von einem ganz kleinen Kreis von Leuten, deren Hintermänner man nicht einmal kenne. Bayern werde sich in diesem Stadium des Konflikts unter keinen Umständen ausschalten lassen. Ihm als bayerischen Ministerpräsidenten das Reden verbieten zu wollen, scheine ihm ein Blitz aus dem Osten, die russische Knute zu sein. Die automatische Folge dieser neuen Reichskonstruktion würde sein, dass alle Länder in eine viel schwächere Position hineingedrängt werden und nicht mehr in der Lage wären, in den für sie unmittelbar lebenswichtigen Fragen mitzureden und mitzuentcheiden. Aus diesem Grunde lehne die bayerische Regierung jede Reichsreform mit dem Mittel des Staatsstrechs ab und bleibe unbedingt auf dem Standpunkt der Legalität und des Rechtes.

Mit grösster Entrüstung geisselte Dr. Held die Methode der Papen und Gayl, die der bayerischen Regierung wiederholt gegebene Versprechungen nicht gehalten hätten. Diese Versprechen, sich vor jeder Inangriffnahme der Reichs- und Verfassungsreform mit den Ländern zu beraten oder mindestens sie zu verständigen, seien bis in die letzten Wochen hinein gemacht worden. Als dann am Donnerstag der vorigen Woche der bayerischen Regierung zufällig von aussen her Gerüchte über die unmittelbar bevorstehenden Massnahmen zugetragen wurden, sei ihrem Gesandten in Berlin jede Auskunft verweigert worden. Das aller schlimmste aber sei gewesen, dass der Reichskanzler am Sonnabend-Nachmittag in der telephonischen Auseinandersetzung ihm unterstellt habe, mit dem Telegramm der bayerischen Regierung an den Reichspräsidenten sei eine Hilfsstellung der Regierung Braun bezweckt gewesen. Das sei eine verächtliche Kampfweise, erklärte Dr. Held.

Zum Schluss erklärte der Ministerpräsident, dass die bayerische Regierung auch heute noch jederzeit bereit sei, über all die bereits getroffenen Massnahmen, obwohl sie eine kaum reparable Begradierung der Länder bedeuteten,

bedeuteten, sich mit dem Reichskanzler zu unterhalten und die Möglichkeit einer Verständigung zu suchen unter der einen Voraussetzung; dass das Recht nicht von der Gewalt gebeugt werde.

-----  
SPD. Madrid, 2. November (Eig. Drahtb.)

Der offizielle Teil der Reise Herriots nach Madrid war am Dienstag beendet. Den Mittwoch hat der Ministerpräsident mit Ausflügen in die Umgebung der spanischen Hauptstadt verbracht. Er begab sich zunächst nach Aranjuez, wo er den Schlossgarten besichtigte und einem alten französischen Bäckermeister das Kreuz der Ehrenlegion überreichte. Von dort ging die Fahrt nach Toledo, wo dem Ministerpräsidenten von der Bevölkerung ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Herriot besichtigte eingehend die Kathedrale, das Greco-Haus und andere Sehenswürdigkeiten der Stadt und kehrte im Laufe des Nachmittags nach Madrid zurück. Am Abend trat Herriot mit seiner Begleitung die Rückreise nach Frankreich an. Nachdem durch die Erklärungen Herriots vor der spanischen Presse eine etwas günstigere Atmosphäre geschaffen worden war, wurde der Ministerpräsident bei der Abfahrt von einer grossen Menschenmenge stürmisch jubelt. Zahlreiche politische Verbände hatten ihre Mitglieder aufgefordert, sich nach dem Bahnhof zu begeben, um dem französischen Ministerpräsidenten einen würdigen Abschied zu bereiten.

Herriot begibt sich von Madrid direkt nach Toulouse, wo am Donnerstag der Kongress der radikalen Partei beginnt.

Ein in Paris verbreitetes Gerücht von einem Attentat gegen Herriot wurde vom Quai d'Orsay sofort energisch dementiert.

-----  
SPD. Kopenhagen, 2. Nov. (Eig. Drahtb.)

Nach sechstägigen Verhandlungen mit Vertretern des dänischen Aussenministeriums und der dänischen Wirtschaft hat die deutsche Kontingentierungskommission unverrichteter Sache am Dienstag abend Kopenhagen wieder verlassen. Wie von dänischer Seite bekannt wird, soll es nicht einmal dazu gekommen sein, über den Umfang der vorgesehenen Kontingentierungen zu verhandeln, da die dänische Regierung es prinzipiell abgelehnt hat, das Kontingentierungsprinzip als Basis der Besprechungen gelten zu lassen. In einem Presseinterview äusserte der dänische Minister Mohr, die Verhandlungen seien als endgültig gescheitert zu betrachten, "wenn nicht die Deutschen wieder zu Vernunft kommen". Wie verlautet, will die dänische Regierung, falls die Kontingentierung wirklich in Kraft treten sollte, als Gegenmassnahme eine sofortige Drosselung des deutschen Imports vornehmen, indem sie die Valutagenehmigungen zur Einfuhr deutscher Waren auf das Mindestmass beschränken wird.

-----  
SPD. Breslau, 2. November (Eig. Drahtb.)

Hakenkreuz-Schmierfinken haben in der Nacht zum Mittwoch das Grab Ferdinand Lassalles auf dem jüdischen Friedhof in der Lohestrasse besudelt. Die nach der Strasse zugelegene Rückseite des Grabmals, an der sich eine kleine Gedenktafel befindet, ist mit einem grossen Hakenkreuz in roter Farbe und dem gerade an dieser Stelle für die sozialistische Arbeiterbevölkerung Breslaus besonders herausfordernd wirkenden Satz in grosser Schrift: Nur Liste 1 macht Euch frei! beschmiert. Der neue Bubenstreich der Hakenkreuzler hat bei der Breslauer Arbeiterschaft stärkste Empörung ausgelöst.

SPD. Paris, 2. November (Eig. Drahtb.)

Die deutsche Kolonie veranstaltete am Mittwochauf dem Friedhof des Pariser Vororts Ivry eine Feier zu Ehren der dort begrabenen deutschen Soldaten. Der deutsche Geschäftsträger Forster gedachte in einer Ansprache der Opfer des Weltkrieges und legte einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife nieder. Vor dieser Feier war bereits eine Abordnung der hiesigen Ortsgruppe der Nazi-Partei auf dem Friedhof erschienen und hatte einen Kranz mit zwei roten Hakenkreuzschleifen niedergelegt. Dieses Vorgehen hat in der deutschen Kolonie lebhafteste Entrüstung hervorgerufen. Es ist üblich, sich bei diesen alljährlichen Feiern jeglicher Parteipolitik zu enthalten. Dieser Grundsatz war von allen Linksparteien stets eingehalten worden, aber bereits vor einigen Jahren hatte der hiesige Vertreter eines Berliner Rechtsblattes einen Kranz mit schwarz-weiss-roter Schleife überbracht und ihn nach Vortrag eines nationalistischen Gedichts neben dem Kranz der Botschaft niedergelegt.

-----

SPD. Paris, 2. November (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch sind in Madrid folgende Abkommen zwischen Frankreich und Spanien unterzeichnet worden: 1) ein Arbeits- und Beistandsabkommen, das die Lage der französischen Arbeiter in Spanien und der spanischen Arbeiter in Frankreich regelt, 2) ein Abkommen über die Sozialversicherung, ähnlich dem deutsch-französischen Abkommen, 3) ein Abkommen über die Behandlung der französischen und spanischen Volontäre, die zu ihrer Berufsausbildung kurze Zeit in kaufmännischen und industriellen Betrieben der beiden Länder tätig sind.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Flaubert alle Welt

## Der ewige Zwickel.

Flaubert wird freigesprochen - Wie man vor 75 Jahren um die "Moral" kämpfte

SPD. Nach der Universitätszeit, nach mehrjährigen Reisen in Italien, Aegypten, Palästina und Klein-Asien veröffentlichte der fünfunddreissigjährige französische Schriftsteller Gustave Flaubert sein erstes Buch: "Madame Bovary". Der Roman erschien in sechs Lieferungen der "Revue de Paris" vom 1. Oktober bis zum 15. Dezember 1856. Herr Pichat, Leiter der Zeitschrift, eines regierungsfeindlichen Organs, das schon zweimal verwarnt worden war und deshalb sehr auf der Hut sein musste, nahm Anstoss an dieser Szene: der Liebhaber steigt mit Frau Bovary in eine Droschke und lässt die Vorhänge herunter. Leider waren die Redakteure der "Revue de Paris" im Streichen offenbar nicht sehr geübt: sie strichen ein paar Worte zu spät, die ominöse Droschke trat noch auf - es war gerade noch soviel stehen geblieben, dass die durch die Anmerkung aufmerksam gewordenen Zensoren die Fährte aufnehmen konnten. Und die Fährte war gut. Da war viel zu schnuppern: Darstellung der Ehebrüche einer Provinzlerin in aktenmässigen Details; mikroskopische Zerfaserung eines Seelen-Gewebes, in dem die religiöse Erziehung und der erotische Hunger die innigste Verbindung eingegangen sind; Protokollierung eines Provinz-Daseins in seiner ganzen Enge, seiner ganzen Komik, seiner ganzen Trostlosigkeit. Diese Fährte führte also direkt zur Anklage auf Unmoral und Irreligiosität.

Der Herr Staatsanwalt Pinard las - und Flauberts Roman wurde gotteslästerlich. "Ich treffe in einem Roman nicht gern heilige Dinge an" - rief der Staatsanwalt, den die Schildung einer letzten Oelung besonders chokierte. Unter anderem las Herr Pinard auch: "Dann liess sie mit einer einzigen Bewegung alle ihre Kleider fallen" - und Flauberts Roman wurde unsittlich. Der Staatsanwalt legte ein Unsittlichkeitsverzeichnis an - es wurde sehr lang. "Wer liest - fragte emphatisch das Anklage-Plädoyer - den Roman des Herrn Flaubert? Männer der Politik oder Wirtschaft? Nein. Er wird in die Hände von jungen Mädchen und Frauen fallen." Dann stand Herr Sénard auf, Anwalt Flauberts, und redete viele Stunden - und fälschte den Roman nicht weniger als der Staatsanwalt. Auch der Advokat Sénard erkannte den moralischen Maststab an - und deutete die "Madame Bovary" als moralisches Menetekel. Welch Scheingefecht vor den Schranken! Der Eine greift den Roman an als unmoralisch, der Andere verteidigt den Roman als moralisch; und er ist weder moralisch, noch unmoralisch, sondern (wie Zola es ausdrückte) "die getreue Wiedergabe des Lebens". Allerdings rang der Verteidiger den Ankläger ausgezeichnet nieder; indem er die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze rehabilitierte durch vollständige Zitate. Aber er sagte nicht: Flaubert stellt dar, was ist. Er sagte nicht: Flauberts Roman ist nicht zu messen an irgendwelchen Idealen irgendeiner Gesellschaft, sondern nur an der Realität, die er malen wollte. Sein Werk ist gut, weil es wahr ist; man muss verzichten, in diesem Roman eine moralische oder religiöse Stellungnahme zu sehen...

Und der Gerichtshof sprach Flaubert frei - weil er Flaubert falsch sah. Das Urteil ist ganz gestimmt auf das moralische Pathos von Staatsanwalt und Advokat. Von den vielen "In Anbetracht dass", die das Urteil dem Freispruch vorausschickt, ist der weitaus grösste Teil eine Aufzählung der Vergehen

Flauberts: sodass man schon alle Hoffnung sinken lässt; bis den Angeklagten dann ein "In Anbetracht dass Gustave Flaubert den guten Sitten und der religiösen Moral seine Ehrerbietung erweist" - aus der Patsche zieht. Dies Urteil ist aber noch mehr als ein falsch begründeter, erfreulicher Freispruch. Es ist denkwürdig als offizielle Verkündung einer Aesthetik - die auch heute noch ihr Unwesen treibt. Dies Urteil legt fest: "dass die Literatur wie jede Kunst, wenn sie ihre edle Sendung erfüllen will, das Leben in makelloser Reinheit wiedergeben muss". Dieser Kunst=Katechismus befiehlt: "Die Mission der Literatur sollte es sein, dem Geist zum Schmuck und zur Erholung zu dienen". Zu gleicher Zeit schreibt Flaubert in einem Brief: "Die Kunst verlangt weder Gefälligkeit noch Höflichkeit, nichts als Ehrlichkeit". Der Mann, welcher der Kunst "durch eine unerbittliche Methode die Präzision der Naturwissenschaften zu verleihen" suchte, wurde freigesprochen: weil er lange und gewissenhaft an seinem Buch gearbeitet habe; weil die inkriminierten Stellen gering seien im Verhältnis zum Gesamt-Umfang des Werkes; weil er der herrschenden Moral seine Reverenz erwiesen hatte...

Weshalb Gustave Flaubert in Wahrheit vor Gericht stand, blieb während des ganzen Prozesses verborgen. Nur der Angeklagte wusste es: "Ich habe also gelernt: dass die soziale Heuchelei eine sehr ernste Sache ist". Inzwischen ist die "Madame Bovary" literarhistorisch katalogisiert worden: als der Auftakt des europäischen Naturalismus; als die Wendung von der Romantik Victor Hugos und von dem romantisierenden Realismus Balzacs zu Zola, dem unerbittlichen Darsteller der europäischen Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts. "Madame Bovary" wird von Aestheten geschätzt und von Historikern geistes=geschichtlich einrangierte: das Prinzip, das in ihr lebt, wird heimlich und öffentlich angefeindet wie vor fünfzig Jahren. Das Prinzip heisst: Tatsachen nicht wegheucheln, sondern in der ganzen Schärfe ihrer Umrisse aufzeichnen; nicht angenehm, sondern richtig schreiben!

Dr. L.M.

+ + +  
Gerettet! Die aus 18 Mann bestehende Besatzung des auf der stürmischen Ostsee überfällig gewordenen gotländischen Motorkutters ist in vollkommen erschöpftem Zustand von einem deutschen Segler an Bord genommen und an Land gebracht worden.

+ + +  
Doppelmord im Gefängnis. Im Landesgefängnis Freiburg/Br. erschlug ein wegen mehrfachen Diebstahls dort inhaftierter 35 Jahre alter Schlosser zwei schlafende Mitgefangene. Der Schlosser führte die Tat in einem plötzlichen Tobsuchtsanfall durch, indem er von seiner Bettstelle einen Eisenstab abbrach, mit dem er übrigens auch noch einem dritten Mitgefangenen schwere Verletzungen beibrachte.

+ + +  
Kreditbetrügerin. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft wurde die in Berlin W. wohnende Frau Landgerichtsdirektor Jürgens festgenommen. Frau Jürgens, die bereits im Jahre 1927 im Mittelpunkt eines Strafverfahrens stand, wird des Kreditbetruges beschuldigt, ist aber zu zwei gegen sie bereits angesetzten Hauptverhandlungsterminen nicht erschienen. Frau Jürgens wird sich am kommenden Montag zu verantworten haben.

+ + +  
Der jüngste Buddhist. Kapps ungarisch=chinesischer Pressechef Trebitsch=Lincoln, der sich augenblicklich aus bestimmt nicht unpolitischen Gründen in Europa aufhält (Belgien schob ihn wieder nach Deutschland ab), stellte sich in einem Berliner Vortragssaal in seinem neuesten Beruf vor: als der buddhistische Mönch Chao Kung. Er erzielte einen Heiterkeitserfolg. Die Milde des Buddhismus lebt noch nicht in ihm. Seine Weisheit ist Hass. So sehr er sich selbst als ein Mann von höchster sittlicher Grösse beweihräucherte, so heftig

und ordinär beschimpfte er "die englischen Lügner und Verleumder", die er aus Asien verjagen wolle. In den Kapp=Putsch, meinte Trebitsch=Lincoln unter dem Lachen seiner Zuhörer, will er nur "hineingerutscht" sein.

+ + +  
Eine herzige Frau. Unter Giftmordverdacht wurde in Berlin=Niederschönhausen die 36 Jahre alte Architektenehefrau Erna Nerlich festgenommen. Sie soll ihren in Liegnitz wohnhaften Ehemann, ausserdem einen Händler aus Berlin, zu vergiften versucht haben. Frau Nerlich gesteht die ihr zur Last gelegte Giftmischerei, bestreitet aber Mordabsichten. Sie gibt vielmehr an, dass sie nur Gelegenheit gesucht hätte, die durch ihre Tat Erkrankten wieder gesund pflegen zu können. Im Falle des Berliner Händlers, dem Frau Nerlich als Wirtschaftlerin gedient hat, ist tatsächlich ein Mordgrund kaum erkennbar, ebenso wenig bei der bei dem Ehemann in Liegnitz durchgeführten Giftmischerei: begreiflicherweise hat sich der Architekt Nerlich in Liegnitz von seiner Frau, die er wohl für nicht ganz normal hielt, scheiden lassen, nachdem er gemerkt hatte, was sie mit ihm mit Hilfe von Nitrobenzol und allen möglichen giftigen Pulvern, die sie ihm ins Essen schüttete, "spielte". Auch der Berliner Händler ist wieder gesund geworden, trotz der mit Nitrobenzol getränkten Kakaobohnen, die ihm Frau Nerlich in ihrer gefährlichen Liebe angeboten hat.

+ + +  
Bahnunfall. Auf dem Rangierbahnhof Tarnowitz (Ostoberschlesien) fuhr ein aus Richtung Georgenberg kommender Güterzug in voller Fahrt auf einem auf dem Nebengleis haltenden Güterzug auf. Eine Lokomotive und ein Wagen wurden aus dem Gleis geschleudert, mehrere andere Wagen zusammengequetscht. Verletzt wurde niemand; der Sachschaden ist erheblich.

+ + +  
Hochwasser! In Nijmegen (Holland) ist der Waal in zwei Tagen um einen Meter gestiegen; auch die Maas wächst in besorgniserweckender Weise, sodass alle Fährdienste über den Fluss bereits eingestellt wurden. Das Wasser im Yselmeer, der bisherigen Zuiderzee, hat gleichfalls beunruhigende Höhe erreicht.

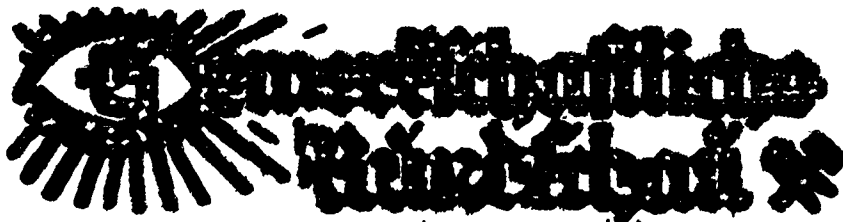
+ + +  
D 2400. Das von der Deutschen Luft=Hansa in Auftrag gegebene Schnellflugzeug vom Typ Ju.60 ist unter der deutschen Zulassungsnummer D.2400 von den Junkerswerken in Dessau fertiggestellt worden. D.2400 ist 13 Meter lang, hat eine Spannweite von 15 Metern, fasst 2 Führer und 4 Fahrgäste und ist mit einem luftgekühlten 450 PS Bristol=Motor ausgerüstet. Das aus Metall gebaute, mit gelb=rotem Schleiflack überzogene Flugzeug kann eine Stundengeschwindigkeit von etwa 300 Kilometern erreichen.

+ + +  
Ein falscher Corinth? Ein junger, sehr begabter Maler in Kassel wurde bei der Staatsanwaltschaft unter dem Verdacht angezeigt, ein Oelgemälde in der Art von Lovis Corinth selbst hergestellt und als echten Corinth für 3 000 Mark an einen Kasseler Käufer abgegeben zu haben. Das inkriminierte Bild ist signiert. Der junge Künstler verwickelte sich bei seiner Vernehmung in Widersprüche. Aufklärung bringt wohl erst ein in Berlin bestelltes fachmännisches Gutachten. Das Bild soll durchröntgt werden.

+ + +  
Der Untergang der "Niobe". Am Donnerstag beginnt in der Marineschule Kiel=Wik die Kriegsgerichtsverhandlung gegen den Kommandanten der im Fehmarn=Belt gesunkenen "Niobe", Kapitänleutnant Ruhfus. Die Anklage lautet auf fahrlässige Schiffsführung.

+ + +  
In Athen! Wolfgang von Gronau hat auf seiner Rückkehr vom Weltflug Athen erreicht.





## Vier Fischer ertrunken.

-----  
Wenn die Toten zur Wahl sprechen könnten...

SPD. In der Nacht zum vergangenen Dienstag fanden beim Fischen in der Ostsee vier Fischer aus Nest bei Köslin in Hinterpommern den Tod. Die Ertrunkenen standen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Drei von ihnen waren unverheiratet, der älteste hinterlässt Frau und Kind. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Ueber die Katastrophe schreibt unser an die Unglücksstelle geeilte Kösliner Mitarbeiter:

Die vier Verunglückten hatten sich nachts zum Fischfang mit ihrem Boot auf die stark bewegte Ostsee begeben. Kurz nach Mitternacht hörte ein 70 Jahre alter Fischer, dessen Angehörige ebenfalls zum Fischen losfahren wollten, von der See her einen gellenden Hilfeschrei. Das war das letzte Lebenszeichen der Ertrinkenden. Das Unglücksboot wurde von der harten Nordostströmung in den ersten Morgenstunden an den Strand geworfen. Im Februar ds. J. hat sich an der gleichen Unglücksstelle ebenfalls ein schweres Bootsunglück ereignet, bei dem drei Fischer den Tod in den Wellen fanden.

Das Los der deutschen Küstenfischer, vor allem der Küstenfischer in Ostelbien ist ein schweres Los. Was wissen die meisten von uns von dem schweren Lebenskampf unseres Fischervolkes an der Ostsee. Als in der Nacht zum Dienstag die Wellen der Ostsee wieder einmal sehr hoch gingen und ein schärfer Nordost die See bis an die Dünen heranpeitschte, fuhren die vier Nester Fischer zum Fang aus. Nicht zum Vergnügen, wahrhaftig nicht, aber Hunger tut weh. Sie trotzten den Wellen und fanden den Tod in der tobenden See. "Wenn sie es nicht nötig gehabt hätten, sie wären weiss Gott nicht hinausgefahren" - sagte uns ein Angehöriger eines der Ertrunkenen. Aber karg nur sind die Erträge und gross und fast unerschwinglich die Ausgaben der Küstenfischer. Diesen Küstenfishern in Ostelbien geht es eben wie so vielen schwer und hart arbeitenden Menschen in Deutschland: die Pferde, die den Hafer verdienen, bekommen ihn nicht.

Es ist ein grausam hartes Brot, das diese Küstenfischer in Ostelbien sich verdienen müssen. Da fahren nachts mehrere Fischer, die zu einem Boot gehören, hinaus in die Ostsee. Sie legen im Sturm, in Kälte und Regen 8 bis 10 Netze, was bei äusserster Kraftanstrengung nur in drei bis vier Stunden sauerster Arbeit zu schaffen ist. Am nächsten Morgen gehts dann hinaus zum Einholen der Netze und wieder dauert es drei bis vier Stunden, bis auch diese Arbeit bewältigt ist. Bei Wind und Wetter Netze legen und aus dem eiskalten Wasser wieder herausholen und das oft mit einem Fangergebnis, für das die Fischer nur wenige Pfennige erhalten - das macht nicht nur verdammt müde, sondern auch verdammt erbittert. Wie oft kommt es vor, dass die Netze dann auch noch vom Sturm fortgetrieben und zerrissen werden. Jeder Fischer braucht etwa 40 bis 50 Flundernetze, 10 bis 12 Heringsnetze, 25 bis 30 Dorschnetze, dann noch Aalreusen, Breitlingsnetze usw. Wenn man weiss, dass ein Netz etwa 25 Mark kostet, dann weiss man auch, welche Sorge die Erhaltung dieses Hauptwerkzeugs den Fischern bereitet. Neuerdings kommt es immer öfter vor, dass von den Hochsee-Fischkuttern, die ausserhalb der Zweimeilenzone mit ganz modernen Fanggeräten arbeiten, die Netze zerrissen werden. Wer die Küstenfischer mit ihren Frauen und Kindern bei dem mühseligen Säubern,

beim Flickern, Spannen und Ausbessern der Netze gesehen hat, der kann den Groll dieser armen Leute über manche rücksichtslosen Elemente unter den Hochseefischern nur allzugenut verstehen.

Friedliche Badegäste haben von diesen Küstenfischern in Ostelbien friedliche und idyllische Bilder in Erinnerung. Es gibt aber nicht immer am Strand der Ostsee eine friedliche, zum erquickenden Bad einladende See. Zur Zeit ist an der Ostsee die Hölle los. Eiskalt weht der Wind von der See her und peitscht die Wellen zu meterhohen Bergen empor. Und nicht nur jetzt - im grössten Teil des Jahres ist die Arbeit der Küstenfischer eine schrecklich harte Arbeit. Hartes Brot und trotzdem auch noch knappes Brot!

Auch die Küstenfischer in Pommern gehören zu Ostelbien. Aber sie haben es nicht so gut wie die ostelbischen Grossagrarien, denen die Regierung der Barone auf Kosten der Steuerzahler im Süden und Westen des Reiches die Schulden bezahlt. Die hohen Herrschaften auf ihren Gütern, die nicht gearbeitet, sondern gefaulenzt haben, werden auf Kosten der deutschen Steuerzahler durchgefüttert. Die armen ostelbischen Küstenfischer dagegen werden vom Hunger bei Nacht und Nebel in den Sturm hinaus und in den Tod getrieben.

Die Arbeit, gerade die harte und schwere Arbeit, ist heute in Deutschland, seitdem der neue Kurs, der Anti-Wohlfahrtsstaatskurs gesteuert wird, schlechter daran als je zuvor. Der fleissige, hart und treu arbeitende Mensch wird zum Lasttier gemacht, der für die Kosten aller kleinen und grossen Fehler in Politik und Wirtschaft die Zecke bezahlen soll. Mit diesem Unrecht muss aufgeräumt werden.

Ein Tropf, der bei den Wahlen am Sonntag nicht auf dem Posten ist, ein Narr, der noch nicht weiss, dass es jetzt darum geht, was die sozialdemokratischen Arbeiter seit einem Menschenalter sich und anderen ins Herz gesungen haben: "Es gilt, die Arbeit zu befreien..."

-----

SPD. Die Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Beamten-Bundes bringt in ihrer soeben erschienen neuesten Nummer (vom 3. November) einen Aufruf zu den Reichstagswahlen. Es heisst darin:

Soll der "autoritäre Staat" aufgerichtet werden? Autoritärer Staat ist weiter nichts als ein neues Wort für den alten Obrigkeitsstaat. Der Beamte wird nicht mehr "Diener der Gesamtheit", sondern Instrument einer Obrigkeit sein, die im Gegensatz zum Volke steht. Er wird keine Freiheit der politischen Gesinnung haben, keine Vereinigungsfreiheit mehr geniessen, sondern nur zu gehorchen haben.

Soll Herr von Papen sein "neues Reich" bauen dürfen? Das "neue Reich" wäre nichts anderes als das Ende der demokratischen Republik. Die Staatsgewalt soll nicht mehr vom Volke ausgehen, sondern im Gegensatz zum Volk von einer kleinen Herrschaft ausgeübt werden. Das gleiche Wahlrecht soll verschwinden und dafür der berufsständische Staat errichtet werden, in dem Arbeiter, Angestellte und Beamten politisch und wirtschaftlich entrechtet sind. Soll der Weg für Hitlers Drittes Reich geebnet werden?

Das Dritte Reich wäre die Aufrichtung des Faschismus, in dem die Herrschaft einer Partei Staatsgrundsatz, das Parteibeamtentum Staatspraxis wäre. An Stelle von Recht und Gerechtigkeit würden Gewalt und Willkür treten, der Beamte als Vollstrecker dieses Prinzips zum Büttel herabgewürdigt werden.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat in der Verteidigung der deutschen Republik stets in vorderster Linie gestanden. So werden auch am 6. November die freigewerkschaftlichen Beamten, getreu dem Sinne Ihres der Republik geleisteten Eides, geschlossen in der Front stehen, um die demokratischen Grundrechte im politischen und gesellschaftlichen Leben gegen den Ansturm der Reaktion zu verteidigen.

Tut am 6. November Eure Pflicht!

-----

SPD. Die Urabstimmung bei der Berliner Verkehrsgesellschaft über das Ergebnis der Verhandlungen, die von den freien Gewerkschaften zwecks Neuausschluss des Lohnvertrag für die technischen und Verkehrsarbeiter geführt wurden, brachte nicht die notwendige Dreiviertel Mehrheit der Beschäftigten für den Streik. Stimmberechtigt waren 21 902 Beschäftigte, davon beteiligten sich an der Abstimmung 18 537; es nahmen also 3 365 Verkehrsarbeiter an der wichtigen Abstimmung nicht teil. Für den Streik stimmten 14 471 Beschäftigte oder 66% der Stimmberechtigten, für Annahme des Verhandlungsergebnisses 3 993. Ungültig waren 73 Stimmen.

Die RGO wird allem Anschein nach trotzdem den Streik proklamieren. d. h. eine wilde Sache aufzuziehen versuchen. Wir stehen vor Wahlen, und daher kann sich die Kozi-Nazi-Front unmöglich die Gelegenheit entgehen lassen, wieder einmal den starken Mann zu spielen.

SPD. Zur internationalen Bekämpfung der Heimarbeit in der Diamantenindustrie werden zur Zeit nach einer Mitteilung des belgischen Diamantenarbeiterverbandes Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt. Man will vor allem gegen die Pfuscharbeit in Belgien und Deutschland vorgehen.

Heimarbeit in der Diamantenindustrie? Auch das gibt es also. Man befürchtet vor allem ein Umsichgreifen der Heimarbeit auf deutschem Boden, weil der deutsche Heimarbeiter über ziemlich gute Fachschulung verfügt.

"Du hast Diamanten und Perlen..."

SPD. Die stärkste Arbeitslosenziffer in Holland hat Rotterdam. Mit 45 000 Arbeitslosen greift Rotterdam noch über die Arbeitslosenzahl Amsterdams hinaus. Amsterdam zählt jedoch 770 000 Einwohner und Rotterdam eine Viertelmillion weniger. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit Rotterdams ist also wesentlich ungünstiger als der von Amsterdam.

SPD. Die Arbeitslosigkeit in Dänemark hat in der letzten Berichtswoche um 2 649 zugenommen. Sie ist jetzt bis zu der bisher noch nie erreichten Zahl von 131 065 gestiegen.

SPD. Für die Weisshohlglasindustrie wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach keine Tarifpartei zu Ende Dezember den Manteltarifvertrag kündigt. Er kann erstmalig zum 31. März aufgekündigt werden. Ueber den Urlaub für 1931 soll im Januar verhandelt werden.

SPD. Bei der Porzellanfabrik Seltmann in Weiden (Oberpfalz) hat die Arbeiterschaft infolge von Lohnstreitigkeiten beschlossen, das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Die Firma will für die 30. bis 40. Stunde den Zeitlohn um 40 und den Akkordlohn um 36 Prozent kürzen, obwohl schon jetzt die Verdienste der Arbeiter in der Porzellanindustrie unerträglich niedrig liegen.

## Nazi-Demagogie.

SPD. Durch nichts kann die unverantwortliche, lediglich dem Stimmenfang dienende Demagogie der Nazis besser gekennzeichnet werden als durch ihre Stellungnahme zu Agrarfragen. Zur gleichen Zeit, als das Braune Haus der Reichsregierung ein Ultimatum stellte, in dem die sofortige autonome Erklärung der Einfuhrkontingente und der Abbruch aller Verhandlungen gefordert wird, kennzeichnet das Hamburger Naziblatt die Forderung nach Kontingentierung mit folgenden Worten:

"Im August 1932 wurden nach Deutschland für 7,4 Millionen Mark Butter, für 3,8 Millionen Mark Käse und für 1 Million Mark Vieh eingeführt. Es bleibt das Geheimnis der Grünen Front, wie der notleidenden bäuerlichen Viehwirtschaft durch Kontingentierung der Einfuhr so geringer Mengen geholfen werden soll. Selbst durch eine Kontingentierung, die bis zur restlosen Abschaffung der Lebensmitteleinfuhr geht, kann die Lage der Landwirtschaft keineswegs gebessert werden. Demnach darf die Kontingentierung im gegenwärtigen Augenblick überhaupt nicht als brauchbares Mittel unserer Wirtschaftspolitik angesehen werden."

So urteilt man also in der Nazi-Pressen selber über die von der Reichsleitung der Nazis als wichtigste wirtschaftspolitische Forderung bezeichnete Kontingentierung der Einfuhr. Der Grund hierfür, dass diese Kennzeichnung der Kontingentierung gerade in dem Hamburger Naziblatt erfolgt, liegt nahe, denn die mit dem Aussenhandel eng verbundenen Hamburger Nazis wissen natürlich ganz genau, welche Schäden die Kontingentierung der Wirtschaft bringt.

Auch in den Ländern, in denen die Nazis zur Macht gekommen sind, herrscht ein klaffender Widerspruch zwischen ihrer bisherigen Agitation und ihren jetzigen Taten. In Oldenburg haben sie den Bauern eine zehn- und mehrprozentige Steuersenkung versprochen. Herausgekommen ist aber nur eine Senkung der Grundsteuer um knapp 1%. In Mecklenburg, wo der tüchtige Pg. und Innenminister Scharf sich selbst zum Oberregierungsrat ernannt hat, weil er fürchtete, dass er nach Beendigung seiner Ministerherrlichkeit keinen Posten im kommunalen Dienst, aus dem er stammt, wieder finden würde, hat die Nazi-Regierung unter bombastischer Reklame verkündet, dass sie die Arbeitslosigkeit beenden werde. Nach "wochenlangen ernsten und arbeitsreichen Sitzungen", wie sie selber schreibt, ist ein Siedlungsprogramm aufgestellt worden, nach dem 18 000 Vollbauernstellen durch Anliegersiedlung und 10 000 Stellen durch Neusiedlung geschaffen werden sollen. Dieses Programm hat den "Völkischen Beobachter" und den "Angriff" veranlasst, grosspurig zu verkünden, dass der mecklenburgische Nazipräsident ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegt hat, durch das allein in Mecklenburg weit über hunderttausend Arbeitslose beschäftigt werden können. (Im ganzen gibt es in Mecklenburg 18 000 Arbeitslose... Die Redaktion.) In den "wochenlangen ernsten und arbeitsreichen" Sitzungen haben sich die Mecklenburger Nazis auch Gedanken um die Finanzierung des Programms gemacht und ausgerechnet, dass seine Erfüllung 10 Millionen Mark erfordert. Wie sie zu diesem Resultat kommen, ver-raten sie aber nicht. Gewöhnliche Sterbliche haben nämlich errechnet, dass bei vorsichtigster Schätzung die Durchführung dieser Siedlungsprojekte min-

destens 160 Millionen, also das 16fache der Nazirechnerei kostet.

Es kommt aber noch besser. Das Mecklenburger Land kann bei seiner geringen Finanzkraft nicht einmal die 10 Millionen allein aufbringen. Die Nazifraktion des Mecklenburger Landtags weiss sich aber zu helfen. Diese Grosstat nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik durchführen zu können, fordert sie vom Reich entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das ist typische nationalsozialistische Wirtschaftspolitik. Auf dem Papier werden grossartige Projekte aufgestellt, bei der Berechnung der Kosten wird das kleine Einmaleins vergessen und zur Beschaffung der Mittel werden Pumpversuche gemacht, Das ist Hitlerei in Reinkultur!

-----

SPD. Der Landesverband der badischen Textilindustrie wendet sich in einer Eingabe an das badische Staatsministerium, in der er auf die katastrophale Lage der Textilindustrie hinweist. Als Ursachen der Not wird vor allem die Lage des Landes als Grenzland angeführt. Die Trennung von dem Elsass, mit dem die badische Textilindustrie vor dem Kriege in ausgedehnter Zusammenarbeit stand, habe sich durch den Verlust dieses Absatzgebietes besonders schädlich ausgewirkt. Elsass sei nun im Laufe der Zeit ein sehr drückender Konkurrent geworden. Auch die sonstigen Ausfuhrerschwernisse, z.B. auch der Schweiz gegenüber, die Devisenzwangsvorschrift, würden sich für Baden in seiner abseitigen Grenzlage und Verflechtung mit dem Weltmarkt besonders stark auswirken. Grosse und seit Jahrzehnten bestehende und blühende Betriebe seien im Laufe der letzten Jahre notleidend geworden und zusammengebrochen. Viele Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie seien arbeitslos geworden. Seit 1925 sei der Stand der vom Verband erfassten Arbeiter um 10 000 zurückgegangen. In allen Betrieben, in denen noch gearbeitet werde, sei Kurzarbeit eingeführt. Die meisten Betriebe arbeiteten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit Verlust. - - Von einer Ankurbelung der Wirtschaft nach den Wirtschaftsrezepten des Herrn v. Papen ist also nach diesem Notruf der badischen Textilindustrie noch nichts zu bemerken!

-----

SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober 1932 hat sich in der Ultimowoch die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 369,7 Mill. auf 3456,6 Mill. RM. erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und -schecks um 240,2 Mill. auf 2857,1 Mill. RM, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 16,7 Mill. auf 39,5 Mill. RM und die Lombardbestände um 112,8 Mill. auf 197,8 Mill. RM zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 221,3 Mill. RM in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 206,1 Mill. auf 3620,0 Mill. RM. derjenige an Rentenbankscheinen um 15,2 Mill. auf 407,4 Mill. RM. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 19,6 Mill. RM. ermässigt. Die fremden Gelder zeigen mit 389,5 Mill. RM eine Zunahme um 12,6 Mill. RM.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 6,3 Mill. auf 940,3 Mill. RM erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 20,5 Mill. auf 817,3 Mill. RM zugenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 14,2 Mill. auf 123,0 Mill. RM abgenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am Ultimo 26,0% gegen 27,4% am 23. Oktober d. Js.

-----

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 2. November 1921.

## Kay und die Hüte.<sup>x</sup>

-----

SPD. Es war in der Hauptstadt eines südeuropäischen Landes.

Der Ministerpräsident umarmte den Kommissar Kay, und es hätte nicht viel gefehlt, so hätte er ihn auch noch im Ueberschwange seines Glückes abgeküsst. "Mein lieber Kay," sagte er, "setzen Sie sich und erzählen Sie mir, wie Sie diesen Kantowsky zu Fall gebracht haben! Es ist mir ein Rätsel, wie Ihnen das gelingen konnte, nachdem unsre Polizei dem Manne seit Monaten vergeblich auf den Fersen hing. Wir wussten bloss, dass dieser junge Beamte des Aussenministeriums mit einer fremden Macht in Verbindung stand und ihr wichtige Geheimnisse unsrer Politik verriet. Niemals aber konnten wir eine tatsächliche Verbindung mit einem verdächtigen Individuum feststellen. Im Gegenteil, das Leben dieses Kantowsky verlief in einwandfreien, gutbürgerlichen Formen, und ich muss Ihnen gestehen, dass ich noch immer im Dunkeln tappe und weiter tappen werde, wenn Sie sich jetzt nicht gleich eine meiner besten Zigarren anstecken werden und zu reden anfangen."

Kay lächelte, zündete sich die dargebotene Havanna an und begann:

"Ich hatte zunächst die Aufgabe, den Tageslauf dieses Mannes zu beobachten. Er stand um acht Uhr auf, nahm ein Bad, frühstückte, fuhr im Auto ins Ministerium, liess sich auch sein Mittagessen dorthin schaffen, blieb dort dienstlich bis fünf Uhr Nachmittags, ging ein wenig spazieren und begab sich dann in sein Stammcafé "Zu den drei Götzen", wo er einen schwarzen Kaffee trank. Von dort aus schlenderte er nach Hause und blieb gewöhnlich dort. Nur äusserst selten ging er einmal zu einer Gesellschaft, und bei diesen Gelegenheiten haben wir ihn nie aus den Augen verloren. Kurzum, wir haben tatsächlich in den letzten vierzehn Tagen jeden seiner Schritte genau beobachtet und registriert. In diesen vierzehn Tagen hat er die Abschriften zweier Dokumente weitergegeben. Eins am vergangenen Montag. An diesem Tage blieb er Abends zu Hause. Wir erfuhren von seiner landesverräterischen Handlung bereits am Dienstag. Ich zerbrach mir den Kopf, bei welcher Gelegenheit er das Dokument hatte weitergeben können. Aber ich kam nicht hinter das Geheimnis. Nur eine Ahnung hatte ich, nichts als eine Ahnung. Ich sagte mir: Kantowsky muss das Dokument an einem öffentlichen Platze weitergegeben haben, und das kann nur die Strasse oder das Café "Zu den drei Götzen" gewesen sein. Auf der Strasse hatte er mit niemandem gesprochen. Niemand hatte ihn angeredet, niemand ihn um Feuer gebeten, niemand war mit ihm zusammengerempelt. Blieb also nur das Café. Na, ich tat, was ich logischerweise tun musste. Ich setzte mich jeden Nachmittag um fünf Uhr in besagtes Lokal und beobachtete Herrn Kantowsky. Er kam, bestellte einen schwarzen Kaffee und eine Zeitung, las sie aufmerksam, zahlte, ergriff seinen Hut und schlenderte nach Hause. Ausser mit dem Kellner sprach er mit niemandem. Ich muss gestehen, dass ich drei Tage lang vollkommen im Dunkeln tappte. Bis mir plötzlich ein Licht aufging, als ich eines Tages Herrn Kantowskys Hut entdeckte. Kantowsky hängte seinen Hut immer an den gleichen Haken. Nun bin ich durch meine lange kriminalistische Erfahrung daran gewöhnt, auf jede Lapalie zu achten. Und als ich neulich sah, dass neben Kantowskys Hut genau so ein zweiter Hut hing, war meine Aufmerksamkeit erregt. Zwei vollkommen gleiche Hüte! Hm, hm, dachte ich, das kann ein Zufall sein, kann aber auch etwas bedeuten. Am nächsten Tage hingen die beiden Hüte wieder nebeneinander. Ich beobachtete nun Kantowsky beim Fortgehen. Und siehe da,



er nahm nicht seinen Hut, den er links angehängt hatte, sondern den rechts hängenden. Ich blieb sitzen und passte weiter auf. Zehn Minuten später ging ein rumänisch aussehender Herr fort, der Kantowskys Hut aufsetzte. Es war ein Herr Pawloff, der seit zwei Jahren in der Hauptstadt wohnt."

"Ich ahne was, ich ahne was," sagte der dicke Ministerpräsident.

"Auch ich ahnte was. Und am nächsten Tage hingen nicht zwei, sondern sogar drei völlig gleiche Hüte nebeneinander."

"Was? - Nicht möglich!"

"Oh doch. Der dritte Hut war von mir. Diesmal aber ging ich zuerst fort und nahm "aus Versehen" Kantowskys Hut mit. Im Flur des Cafés griff ich unter das innere Hutband und fand darin dies!"

Er warf ein politisches Geheimdokument auf den Tisch. Der Ministerpräsident riss es mit einem Aufschrei an sich.

Ich winkte unsern Beamten, ging ins Café zurück und verhaftete....."

"Kantowsky und Pawloff."

"Nein, erst einmal die beiden andern Hüte. Und, was meinen Sie, was wir in dem einen fanden? Eine Fünfhundertdollarnote! Erst danach luden wir die beiden Gauner ein, uns ein bisschen zu folgen."

"Eine furchtbar einfache Sache also. Kantowsky überlieferte das Geheimdokument in seinem Hute, und Pawloff bezahlte diesen landesverräterischen Akt mit einer Fünfhundertdollarnote in dem seinigen. Eine furchtbar einfache Sache."

"Da haben Sie recht, Excellenz, der Trick war furchtbar einfach. Viel weniger einfach war es, die Lösung zu finden."

"Sicher war das schwer. Aber das Schwerste steht doch mir noch bevor."

"Das Schwerste?"

"Ja, es wird schwierig sein, den ungeheuren Dienst, den Sie uns geleistet haben, zu belohnen."

"Excellenz," erwiderte Kay ernst, "der Dienst, den ich meinem Vaterlande erwiesen habe, ist mir Belohnung genug. Wenn Sie mir aber noch eine von Ihren vorzüglichen Zigarren geben wollten, so wäre ich Ihnen sehr dankbar....."

Kurt Miethke.

-----  
Der Fall Robert Blum.<sup>x</sup>  
-----

(Zum 125. Geburtstag Blums am 10. November.)

SPD. Der Fall Robert Blum ist gegenwärtig im höchsten Grade aktuell. In einer Zeit, in der Rechtsentscheidungen von unverantwortlichen Elementen nur dann anerkannt werden, wenn sie krass der eignen politischen Einstellung entsprechen, muss nachdrücklich auf die jeder Rechtsgrundlage entbehrenden Umstände hingewiesen werden, unter denen Robert Blum am 9. November 1848 in Wien erschossen wurde.

Aus kleinen Verhältnissen heraus war der in Köln geborene Robert Blum in Leipzig zum Führer des wahrhaft demokratisch gesinnten Bürgertums geworden. Man rühmt ihm nach, dass er neben Lassalle einer der mitreissendsten Redner seiner Zeit gewesen sei, dem Volkstümlichkeit im echten Sinne des Wortes zu Gebote gestanden habe. Ausserdem besass er ein grosses agitatorisches Talent. In Gegnerschaft zu dem seine Zeit beherrschenden Feudalismus, dem die deutsche Kleinstaaterei nur zu erwünscht war, wirkte Blum in scheinbar harmlosen Volkskalendern für den Gedanken deutscher Einheit und Freiheit und gründete überall in dem seit 1831 auf Grund einer Verfassung regierten Königreich Sachsen besondere Vereinigungen, die auf demokratischer Grundlage dem Gedanken der deutschen Einheitsbewegung dienten. In diesem Sinne wurde auch von ihm in Leipzig 1847 die "Volksbuchhandlung" begründet, die gerade sein Hauptwerk, das "Staatslexikon für das deutsche Volk", herausgebracht hatte, als die Pariser Februar-

revolution von 1848 und anschliessend die deutsche Märzbewegung ausbrach und Blum in die Frankfurter Nationalversammlung, auf die einzige damalige politische Bühne Deutschlands, brachte.

In Frankfurt wirkte Blum als einer der Hauptführer des linken Flügels, ohne sich von den ganz radikalen und mehr demagogischen Parolen betäuben zu lassen. Als der linke Flügel im Parlament beschloss, vier Abgeordnete nach Wien zu entsenden, wo das Metternich'sche System zusammengebrochen war, und der dortigen Bürgerschaft den vom deutschen Gesamtparlament versagten Dank für ihren Verfassungskampf zu überbringen, da war Robert Blum einer dieser vier Abgeordneten. In Wien wurden er und seine Begleiter feierlich empfangen. Blum merkte jedoch bald, dass die Zustände dort durch kleinliche Streitereien höchst unerfreulich waren. Ausserdem wusste die neue Stadtverwaltung sich keinen rechten Rat, wie sie dem gegen die Verfassung ankämpfenden Fürsten Windischgrätz begegnen sollte, der mit einem Heere von Böhmen aus gegen Wien vorrückte. Blum wollte schon abreisen, als Windischgrätz nach ergebnislosen Forderungen und Gegenforderungen plötzlich vor Wien stand. Nun beteiligte sich Blum mit Rat und Tat an der Verteidigung Wiens, um nicht als feige zu erscheinen. Als die Stadt schliesslich genommen wurde, war er überzeugt, dass er gleich den anderen Ausländern ausgewiesen werden würde. Er hatte jedoch nicht mit der Feindschaft eines Sekretärs des Fürsten Windischgrätz gerechnet, der früher in Leipzig österreichischer Konsul gewesen war, und der nun Blum als den Führer einer deutsch-katholischen Bewegung unschädlich machen wollte. Tatsächlich erreichte dieser Sekretär es, dass in aller Eile ein Standgericht zusammengetragen wurde, das Robert Blum "nachwies", er sei ein Anarchist und in Wien mit Waffen in der Hand aufgegriffen worden, und das ihn schon am nächsten Morgen in aller Frühe erschossen liess. Fürst Windischgrätz selbst bekam Bedenken, einen Volksvertreter hinrichten zu lassen, doch war es schon zu spät. Robert Blum erfuhr das Todesurteil erst kurz vor seiner Erschiessung in der Brigittenau. Er liess sich nicht die Augen verbinden und rief die letzten Worte: "Ich sterbe für die Freiheit; möge das Vaterland meiner eingedenk sein!" - Alle Versuche, Blum vor dem Tode zu bewahren, wurden zuers' brüsk abgewiesen, Später wurde die Hinrichtung gegenüber Deutschland mit dem Hinweis entschuldigt, dass in diesem Falle das Sondergericht für die Entscheidung zuständig gewesen wäre. Für den Charakter dieses Sondergerichts aber ist allein schon die Tatsache bezeichnend, dass bis heute die Namen der Richter nicht haben entziffert werden können, die das Todesurteil unterschrieben haben.

Dr. Otto Brattskoven.

-----  
Ein Riesenschiff.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Vor wenigen Tagen ist in Saint Nazaire, dem grossen Seehafen an der Loiremündung, das grösste Schiff der Welt, der 75 000 Tonnen-Dampfer "Normandie", glücklich vom Stapel gelaufen. Mit dieser Schiffsgrösse dürfte der Bau von Riesenschiffen, die im Betriebe meistens unwirtschaftlich sind, auf lang Zeit hinaus seinen Abschluss gefunden haben. Bei dieser Gelegenheit erinnern wir uns des Stapellaufes eines anderen Riesenschiffes, des "Great Eastern", der vor 75 Jahren fast um die gleiche Zeit erfolgen sollte.

Nach unendlichen Mühen war es dem grossen englischen Brückenbauer Isambard Kingdom Brunel gelungen, den Riesenrumpf des Schiffes auf einer der Werften an der Themse fertigzustellen. Seine Berufskollegen hatten im Vertrauen auf den grossen Ingenieur, der die Pläne zu dem für jene Zeit unerhörten Werk entworfen hatte, das notwendige Baukapital gegen die Aushändigung von Aktien hergegeben. Aber alle Kostenanschläge wurden durch die harte Wirklichkeit übertroffen. Das neue Schiff, auf das die ganze Welt mit Spannung blickte, war

noch bei weitem nicht vollendet, als die grosse Pleite da war. Das unfertige Schiff fand aber einen Käufer, und so wurde weiter genietet und Spant zu Spant und Platte zu Platte gefügt, bis das Ungetüm von 27 400 Tonnen für den Stapellauf fertig war. Am 3. November 1857 hatten sich die geladenen Gäste zu dem grossen Ereigniss eingefunden. Allein der Stapellauf misslang, und, so paradox es klingen mag, der Erbauer, Herr Brunel, atmete befreit auf. Eine Berechnung hatte ihm gezeigt, dass die aufkommende Flutwelle, die der ablaufende Koloss in der verhältnismässig schmalen Themse hervorrufen musste, die ganze Helling mit rasender Gewalt überschwemmt hätte, und dass die ganze Festgesellschaft von ihr erfasst worden wäre. Statt des glatten Ablaufes wurde der umständliche, aber sichere Weg gewählt, das Riesenschiff mit Hilfe hydraulischer Pumpen von der Helling ins Wasser zu drücken. Fast 2½ Millionen Mark hat der Stapellauf allein auf diese Weise verschlungen. Heute sind wir daran gewöhnt, dass der Schiffbauer auch den Ablauf viel grösserer Ozeanriesen glatt meistert. Denen aber, die es nicht wissen sollten, sei verraten, dass auch heute noch die Verantwortlichen bei einem Stapellaufe Blut und Wasser schwitzen. Allen Berechnungen und allen Erfahrungen zum Trotz kann auch heute ein Stapellauf missglücken oder zum wenigsten nicht ganz glatt verlaufen (wie es vor wenigen Jahren bei der "Bremen" geschehen ist). Die absolute Beherrschung der grossen Kräfte und Massen hat in der Praxis doch noch ihren sauren Beigeschmack behalten. Nur dann, wenn das Schicksal es gut meint, wird der Eindruck erweckt, als ob der Mensch so etwas wie ein Herrscher im Reiche der Technik sei. (Wie wenig er es tatsächlich auch sonst ist, zeigt die heutige Wirtschaftskrise, bei der die Menschen mit dem sogenannten technischen Fortschritt einfach nichts anzufangen wissen.)

Zwei Jahre nach dem verunglückten Stapellauf war der "Great Eastern" zu seiner Probefahrt bereit. Sie fand am 9. September 1859 statt und verlief im ganzen zufriedenstellend. Dennoch ereignete sich ein Unglück, durch das zehn Menschen verletzt, zum Teil sogar getötet wurden: Einer der Speisewasser-Vorwärmer platzte und schüttete seinen heissen Inhalt aus. Als ein besonders böses Vorzeichen aber wurde es empfunden, dass Brunel selbst am 5. September einen Schlaganfall infolge der von ihm geleisteten übermenschlichen Arbeit erlitten hatte, sodass die erste Fahrt seines Schiffes ohne ihn erfolgen musste. Am 15. September wurde der Tod dieses technischen Revolutionärs bekannt. Er hatte das gleiche Ende gefunden wie sein Vater, der Erbauer des ersten Londoner Themsetunnels, der ebenfalls infolge der Strapazen, die sein technisches Wirken ihm auferlegt hatte, durch einen Schlaganfall hinweggerafft worden war.

Und noch ist die Kette der Unglücksfälle nicht zu Ende. Auf der ersten Reise ertrinkt der Kapitän des Schiffes. Unheimliche Geschichten werden überall kolportiert. Es finden sich kaum noch Fahrgäste, trotzdem das Schiff einen Rekord auf seiner Reise aufgestellt hat. Es war ihm gelungen, den Atlantik in elf Tagen zu überqueren. Aber schon die dritte Reise zeigte, dass Radschiffe den Stürmen des Atlantik nicht gewachsen sind: Die beiden Schaufelräder, die nicht weniger als 18 Meter im Durchmesser aufwiesen, boten den anstürmenden Wellen eine viel zu gute Angriffsfläche. Sie wurden zertrümmert, und auch das Steuerruder erlitt eine Havarie. Tagelang trieb das Ungetüm hilflos in der Weite des Ozeans. Schon bei der zweiten Reise war ihm das Unglück zugezogen, auf ein Felsengriff, das in den Seekarten nicht vermerkt war, aufzulaufen. Hier aber hatte sich das Genie des Erbauers bewährt, der das Schiff mit einem doppelten Boden ausgerüstet hatte, sodass es trotz des Lecks seinen Bestimmungsort New York erreichen konnte. Nach acht Reisen sagte die Reederei den Bankerott an.

Noch einmal sollte dann der Name dieses Schiffes mit einer technischen Grossleistung in Verbindung gebracht werden. Trotz manches Misserfolges gelang es, mit seiner Hilfe das erste Amerikakabel zu verlegen. Dann aber geht es bergab mit dem grössten Schiffe der Welt jener Zeit. Seine Maschinen sind ver-

altet. Ihr Nutzeffekt ist überholt. Wir finden den "Great Eastern" als schwimmendes Hotel in New York, als Kohlenbunker in Gibraltar und schliesslich als eine Art Rummelschaustück, das unter dem Geknalle von Feuerwerk einer staunenden und witzelnden Menge gezeigt wird. 1888 kauft es ein kläger Geschäftsmann für 320 000 Mark und versteht es, eine runde Million damit zu verdienen, indem er anderen Unternehmern das berühmte, aus besten Werkstoffen erbaute Schiff stückweise verkauft. "Great Eastern" wird ausgeschlachtet, und sein Tod bringt wenigstens dem letzten Besitzer noch den heiss erstrebten Profit. Die Zeitungen berichten, dass im September die letzten kläglichen Reste dieses Pioniers auf dem Gebiete des Grossschiffbaus auseinandergenietet worden sind. Dröhnende Hammerschläge waren sein Sterbegesang.

W.M.

---

Der unbekannte Reichsbannermann.<sup>x</sup>

---

SPD. Er liebte die Freiheit, und, um sie zu verteidigen, gab er sein Leben hin. Er war unbekannt, ein Gesicht in einer langen Reihe, ein Stein in einer gewaltigen Mauer, gegen die der Gegner ohnmächtig anrennt, heute und immer. Er war unbekannt, aber er lebt im Gedächtnis seiner Kameraden weiter; unvergesslicher, als wäre sein Name in Stein gehauen, als stünde sein Name auf einer bronzenen Tafel, der Verehrung und dem Ruhme geweiht.

Er war einer aus dem Geschlechte der Unterdrückten; der Menschen, die seit Jahrhunderten um ihre Freiheit kämpften und sie schrittweise eroberten, um an ihr die Grösse und den Wert ihres Lebens zu ermessen. Er war ein Nachkomme jener, die sich einst mit Spartakus in die Berge zurückzogen; die der Fahne des Bundschuhs folgten, die die Bastille erstürmten, und die nie aufhören werden, ihre junge Freiheit gegen den Hass der besiegten finsternen Gewalten zu verteidigen.

Er war ein einfacher Mensch. Er stand in den langen Hallen der Fabriken, und das Dröhnen der Maschinen lag in seinen Ohren. Sein Leben war eng, aber er liebte seine Familie, die vier Wände seiner Stube, einen Garten, dem sein Abend gehörte, denn sie waren seine Heimat geworden. Nur seine bescheidensten Güter hatte ihm das Leben zugeworfen, aber auch sie liess er, als es zu kämpfen galt - gegen die Vergangenheit und für die Zukunft. Denn es ist der Sinn des Lebens, es einzusetzen für die Freiheit und das Glück aller.

Und er tat es mit einer Selbstverständlichkeit, die ihn gross machte. Er wusste, dass es not tat, sich selber eine Pflicht zu geben und sie zu erfüllen. Er stand auf ratternden Lastwagen, die hinaus auf die Dörfer fuhren; er stand in den rauchverqualmten Sälen kleiner Dorfschenken und warb für die Republik und half, das Denken der Menschen aufzurütteln und sie wachzuschreiben. Er schützte mit seinen Kameraden die Versammlungen gegen die Wut der Gegner, die alles daran setzten, um zu verhindern, dass die Köpfe heller werden und die Menschen die Wahrheit erkennen. Aber da jene gegen die Kraft des Denkens und der Ueberzeugung machtlos waren, taten sie sich zusammen, überfielen die Werbekolonnen, wurden abgewiesen und kamen wieder, um skrupellos mit roher Gewalt den Willen der Arbeiterschaft zu brechen.

Sonntag für Sonntag war er unterwegs, Abend für Abend: Flugblattverteilung, Versammlungen, Wachen, und wieder Versammlungen, stiller, zäher, verbissener Kampf, und immer in Gefahr. Aber das Bewusstsein, für etwas Grosses und Entscheidendes zu kämpfen, verdoppelte seine Kräfte.

Er wollte keinen Lohn, keine Auszeichnungen. Er wollte nichts weiter als seine Pflicht tun, und er wusste, dass neben und hinter ihm und vor ihm

Männer standen, die wie er dachten und sich aus freiwilliger Erkenntnis zusammengeschlossen hatten und zusammengeschweisst waren vom ehernen Bande einer stolzen Gesinnung. In ihren schlichten grauen Windjacken spotteten sie der Phantasieuniform des Gegners, die Kinder blendete und Kritiklose mit ihren militärischen Mätzchen bestach, überhaupt alle diejenigen, in einen Rauschzustand versetzte, die hinter leeren Worten herliefen, nur weil man ihnen Fahnen voraustrug und kriegerische Blechmusik ihnen ein Gefühl der Wichtigkeit gab - wie Kinder sich unbeschreiblich wichtig vorkommen, wenn man ihnen eine bunte Uniform anzieht und ein Holzsword in die Hand gibt-, und die sich wie Kinder einen Feind suchen, um ihre Waffen an ihm auszuprobieren.

Er brauchte das alles nicht. Er war ein einfacher Mensch. Seine Gedanken waren einfach, geradlinig. Er unterschied das Echte vom Hohlen, das Wort von der Phrase, die nur Dummköpfe herauscht.

Und eines Nachts, als er auf dem Heimwege war, fielen sie über ihn her. Sie waren in der Uebermacht, und sie schlugen ihn zusammen, wie man ein Tier zusammenschlägt. Sie schlugen noch auf ihn ein, als er am Boden lag, wehrlos, am Boden lag, blutend und sterbend. Und als sie sahen, dass er tot war, schlichen sie sich davon, feige und erfüllt von Furcht vor ihrer Tat, da der Rausch verflogen war.

Er starb in einer dunklen Nacht. Er starb für alle, die hinter ihm stehen, und sein Opfer wird nicht vergebens sein, sondern festgebrannt im Gedächtnis der Weiterlebenden. Wie aus jedem Samenkorn eine Frucht ausgeht und der Tod eines Mannes nicht nutzlos und sinnlos ist, wenn der Mann für die Sache der Freiheit fällt; für die Freiheit, deren Märtyrer seit Jahrhunderten in den Geschichtsbüchern der Menschheit aufgezeichnet sind, und deren Namen den Lebenden auf den Lippen schweben als die Namen von Blutzügen für die Sache der Menschheit. - Er war ein unbekannter Mann, einer von Hunderttausenden, ein Gesicht in einer langen, endlosen Reihe, ein Stein in einer festgefügtten Mauer, gegen welche die Gegner ohnmächtig und vergeblich anrennen. Heute und immerdar.

Kaliban.

---

#### Holländische Krabbenfischer.<sup>x</sup>

---

SPD. Wenn auch die holländische Fischerei unter der gegenwärtigen Krise besonders schwer leidet, so ist doch der Daseinskampf dieser Berufsgruppe selbst in normalen Zeiten nicht leicht. Am schwersten haben die Krabbenfischer um ihr Dasein zu ringen, weil sie auf die Zeiten, wo die grossen Krabbenschwärme sich den Küsten nähern, angewiesen sind und dann selbst eine bewegte See trotz ihrer meistens kleinen Boote nicht scheuen dürfen. Jahr für Jahr bringen die Krabbenfischer in ihrem Ringen um die Existenz neue Todesopfer; allein in der Nähe des Amsterdamer Nordseebades Zandvoort sind zweimal in diesem Jahre in nächtlicher Stunde bei hohem Seegange Krabbenfischerboote umgeschlagen und beide Male fielen beide Insassen des Bootes den Wellen zum Opfer. Nicht umsonst sagt man in Holland, dass die Krabben teuer bezahlt werden. Der Erlös ist immerhin gering, denn vom Fischer gehen die Krabben zum Händler, der auch noch daran verdienen muss, und der Strassenhandelspreis in den holländischen Grosstädten ist schon in Anbetracht der Konkurrenz so niedrig bemessen, dass der Fischer schon einen sehr reichen Fang nach Hause bringen muss, wenn das lebensgefährliche Gewerbe sich überhaupt lohnen soll.

Der Krabbenfischer muss sozusagen Witterung dafür haben, an welchen

Männer standen, die wie er dachten und sich aus freiwilliger Erkenntnis zusammengeschlossen hatten und zusammengeschweisst waren vom ehernen Bande einer stolzen Gesinnung. In ihren schlichten grauen Windjacken spotteten sie der Phantasieuniform des Gegners, die Kinder blendete und Kritiklose mit ihren militärischen Mätzchen bestach, überhaupt alle diejenigen, in einen Rauschzustand versetzte, die hinter leeren Worten herliefen, nur weil man ihnen Fahnen voraustrug und kriegerische Blechmusik ihnen ein Gefühl der Wichtigkeit gab - wie Kinder sich unbeschreiblich wichtig vorkommen, wenn man ihnen eine bunte Uniform anzieht und ein Holzsword in die Hand gibt-, und die sich wie Kinder einen Feind suchen, um ihre Waffen an ihm auszuprobieren.

Er brauchte das alles nicht. Er war ein einfacher Mensch. Seine Gedanken waren einfach, geradlinig. Er unterschied das Echte vom Hohlen, das Wort von der Phrase, die nur Dummköpfe herauscht.

Und eines Nachts, als er auf dem Heimwege war, fielen sie über ihn her. Sie waren in der Uebermacht, und sie schlugen ihn zusammen, wie man ein Tier zusammenschlägt. Sie schlugen noch auf ihn ein, als er am Boden lag, wehrlos, am Boden lag, blutend und sterbend. Und als sie sahen, dass er tot war, schlichen sie sich davon, feige und erfüllt von Furcht vor ihrer Tat, da der Rausch verfliegen war.

Er starb in einer dunklen Nacht. Er starb für alle, die hinter ihm stehen, und sein Opfer wird nicht vergebens sein, sondern festgebrannt im Gedächtnis der Weiterlebenden. Wie aus jedem Samenkorn eine Frucht ausgeht und der Tod eines Mannes nicht nutzlos und sinnlos ist, wenn der Mann für die Sache der Freiheit fällt; für die Freiheit, deren Märtyrer seit Jahrhunderten in den Geschichtsbüchern der Menschheit aufgezeichnet sind, und deren Namen den Lebenden auf den Lippen schweben als die Namen von Blutzügen für die Sache der Menschheit.- Er war ein unbekannter Mann, einer von Hunderttausenden, ein Gesicht in einer langen, endlosen Reihe, ein Stein in einer festgefügtten Mauer, gegen welche die Gegner ohnmächtig und vergeblich anrennen. Heute und immerdar.

Kaliban.

---

### Holländische Krabbenfischer.<sup>x</sup>

---

SPD. Wenn auch die holländische Fischerei unter der gegenwärtigen Krise besonders schwer leidet, so ist doch der Daseinskampf dieser Berufsgruppe selbst in normalen Zeiten nicht leicht. Am schwersten haben die Krabbenfischer um ihr Dasein zu ringen, weil sie auf die Zeiten, wo die grossen Krabbenschwärme sich den Küsten nähern, angewiesen sind und dann selbst eine bewegte See trotz ihrer meistens kleinen Boote nicht scheuen dürfen. Jahr für Jahr bringen die Krabbenfischer in ihrem Ringen um die Existenz neue Todesopfer; allein in der Nähe des Amsterdamer Nordseebades Zandvoort sind zweimal in diesem Jahre in nächtlicher Stunde bei hohem Seegange Krabbenfischerboote umgeschlagen und beide Male fielen beide Insassen des Bootes den Wellen zum Opfer. Nicht umsonst sagt man in Holland, dass die Krabben teuer bezahlt werden. Der Erlös ist immerhin gering, denn vom Fischer gehen die Krabben zum Händler, der auch noch daran verdienen muss, und der Strassenhandelspreis in den holländischen Grosstädten ist schon in Anbetracht der Konkurrenz so niedrig bemessen, dass der Fischer schon einen sehr reichen Fang nach Hause bringen muss, wenn das lebensgefährliche Gewerbe sich überhaupt lohnen soll.

Der Krabbenfischer muss sozusagen Witterung dafür haben, an welchen



Stellen der See er die Krabbenschwärme am besten erreicht. Ganze Nächte zieht er oftmals mit seinem Gehilfen hinaus, denn gewöhnlich sind die Boote mit zwei Leuten bemannt, und der Fang ist doch nicht der Mühe wert. Dann sitzen die Männer schweigend in dem schaukelnden Boote, schleppen die schweren Netze bald hierhin, bald dorthin, und nur zu oft ist es reiner Zufall, wenn die Netze einem Teil eines Krabbenschwarmes den Weg abschneiden. Dann ist der Fang natürlich reichlich, und die Fischer können zufrieden nach Hause zurückkehren.

Gewiss verlassen die Boote der Krabbenfischer stets zu mehreren den Hafen; vier oder fünf Boote fahren gemeinschaftlich aus. Draussen aber auf der See können sie nicht zusammen bleiben, weil eines das andere behindern würde. So ist es erklärlich, dass sie sich auch nicht gegenseitig Hilfe bringen können, wenn auf einem der Boote ein volles Netz den Kahn so weit nach einer Seite hinüberzieht, dass er bei ungeschicktem Steuern der ersten besten heranbrausenden hohen Welle zum Opfer fällt. So manches Drama spielt sich jahraus, jahrein auf den Booten der Krabbenfischer ab, wovon nachher nur noch das kieloben treibende Boot und die angespülten Leichen Zeugnis ablegen. Krabbenfischerei ist Kleingewerbe mit allen Nachteilen, die damit verbunden sind. Die verhältnismässig kleinen Boote sind nicht besonders widerstandsfähig, und der Beruf bringt nicht genug ein, um dem Krabbenfischer, der selbständig arbeitet, die Anschaffung grösserer und modernerer Boote zu ermöglichen. Zudem wird die Krabbenfischerei, wenn der Fang wirklich etwas einbringen soll, zu weit von der Küste entfernt ausgeübt, als dass die Insassen eines umschlagenden Bootes sich noch zu retten vermöchten. Radio ist nicht an Bord, und an Lichtsignale ist in Sturmnächten, die die ganze Kraft der Männer in den Booten erfordern, ebenfalls nicht zu denken.

Die augenblickliche Krise und die Arbeitslosigkeit reizen trotzdem noch immer waghalsige Männer, die an der Küste aufgewachsen sind, zur Krabbenfischerei an. Dennoch ist sie in dieser Form ein untergehendes Gewerbe, das nur noch als Notbehelf aufgegriffen wird, und für das es in Anbetracht der vielen Todesopfer, die es alljährlich erfordert, kein Nachteil ist, wenn es früher oder später durch eine modernere und seinen Ausübenden mehr Sicherheit bietende Betriebsform ersetzt wird.

Otto Burgemeister (Amsterdam)

---

SPD. Kriegserklärungen im alten Rom.<sup>x</sup> Die Ausführung der Kriegserklärung lag im antiken Rom einer Kommission von 20 Personen, den sogenannten "Fetiales", ob, die eine solche Erklärung unter sonderbaren Bräuchen vollziehen mussten. Wenn die Römer von einer andern Volke Genugtuung fordern wollten für eine wirkliche oder vermeinte Beleidigung, so gingen vier Fetiales an die Grenze und verlangten Genugtuung. Dann wurde 30 Tage gewartet, und wenn bis dahin die entsprechende Erklärung nicht erfolgt war, so gingen die vier wieder an die Grenze und warfen eine Lanze hinüber mit den Worten: "Einen gerechten Krieg verkünde ich." Diese Form ist interessant, weil man daraus ersieht, dass auch die kriegerischen Römer wenigstens der Form nach eine friedliche Beilegung eines Streites versuchten, ehe sie einen Krieg begannen, und dass sie einen Krieg, den sie führten, als einen "gerechten" angesehen wissen wollten.

---

SPD. Erschöpfende Kritik.<sup>x</sup> Ein junger Dichter legte Bernhard Shaw sein erstes Drama vor, mit der Bitte, es zu beurteilen. Shaw las es. "Ihre Interpunktion ist erstklassig", lautete sein Urteil.

---